



35. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Inklusion

Gremium: Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion

Sitzungstermin: Dienstag, 19.12.2017, 18:00 Uhr

Ort, Raum: Raum 124, Haupthaus, Fr.-Ebert-Str. 79/81

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**

- 2 **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 21.11.2017 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

- 3 **Bericht der Beiräte und des Inklusionsgremiums**

- 4 **Jahresbericht Chancengleichheit 2015/2016 des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt
17/SVV/0700** Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt

- 5 **Bestätigung der Förderprojekte freiwilliger Leistungen 2018**

- 6 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

- 6.1 Verteilung von Jodtabletten Fraktion DIE aNDERE
- *Wiedervorlage* -
17/SVV/0755

- 7 **Mitteilungen der Verwaltung**

- 7.1 **Barrierefreier Zugang zu Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung
17/SVV/0932**

- 7.2 Haushalt 2017 - Mittelabfluss Fachbereich
Soziales und Gesundheit
- 7.3 Sicherheitskonzept Gemeinschaftsunterkünfte -
Sachstand
- 7.4 Information zur Evaluierung des Modelprojektes
Schulanschlussbetreuung

- 8 Sonstiges**



Niederschrift

34. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Inklusion

Sitzungstermin:	Dienstag, 21.11.2017
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	20:15 Uhr
Ort, Raum:	Tageszentrum "Mittendrin", Yorkstraße 22, 14467 Potsdam

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Frau Imke Eisenblätter	SPD	Sitzungsleitung
------------------------	-----	-----------------

Ausschussmitglieder

Frau Kati Biesecke	DIE LINKE	
Frau Jana Schulze	DIE LINKE	
Herr Hans-Wilhelm Dünn	CDU/ANW	bis 19:20 Uhr
Frau Birgit Eifler	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Corinna Liefeld	DIE aNDERE	

stellv. Ausschussmitglieder

Herr David Kolesnyk	SPD	
---------------------	-----	--

sachkundige Einwohner

Frau Christiane Dreusicke	CDU/ANW	
Frau Dr. Gabriele Herzel	DIE LINKE	
Frau Gudrun Hofmeister	DIE LINKE	
Herr Axel Mertens	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Wolfgang Puschmann	Seniorenbeirat	
Frau Angela Schweers	SPD	

Beigeordneter

Herr Mike Schubert	Geschäftsbereich 3	bis 20:00 Uhr
--------------------	--------------------	---------------

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Dr. Uta Wegewitz	SPD	entschuldigt
-----------------------	-----	--------------

zusätzliches Mitglied

Frau Irene Kamenz	Bürgerbündnis-FDP	entschuldigt
-------------------	-------------------	--------------

sachkundige Einwohner

Frau Olga Gelfand	Migrantenbeirat	entschuldigt
Frau Barbara Müller	Bürgerbündnis-FDP	entschuldigt
Herr Karsten Oqueka	Potsdamer Demokraten/BVB Freie Wähler	entschuldigt

Herr Bertram Otto	SPD	entschuldigt
Frau Monique Tinney	DIE aNDERE	entschuldigt

Gäste:

Herr Dr. Christian Kieser	Klinikum Ernst von Bergmann GmbH
Frau Anne Bresgott	Tageszentrum „Mittendrin“
Frau Magdolna Grasnack	Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
Frau Franziska Schumann	Büro des Oberbürgermeisters
Herr Gregor Jekel	FB Soziales und Gesundheit
Herr Bindheim Jörg	FB Soziales und Gesundheit
Frau Eiken-Carina Magnussen	FB Soziales und Gesundheit
Frau Katrin Hayn	FB Soziales und Gesundheit
Frau Anette Hinze	Elterninitiative für Menschen mit Behinderung und ihren Angehörigen Potsdam e.V.
Frau Ariane Andres	Elterninitiative für Menschen mit Behinderung und ihren Angehörigen Potsdam e.V.
Frau Martina Spyra	Schriftführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Vorstellung des Tageszentrums "Mittendrin"
- 3 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 17.10.2017 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 4 Bericht der Beiräte und des Inklusionsgremiums
- 5 Psychiatriekonzept der Landeshauptstadt Potsdam 2018
Vorlage: 17/SVV/0810
Oberbürgermeister, FB Soziales und Gesundheit
- 6 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 6.1 Aufbau eines Inspektionsteams zur Kontrolle der von Trägern betriebenen Einrichtungen der LHP
Vorlage: 17/SVV/0059
Fraktion CDU/ANW
- Wiedervorlage -
(Zurückstellung vom 23.05.2017)
- 6.2 Ambulant betreute(s) Wohnen/Wohnstätten koordinieren
Vorlage: 17/SVV/0606
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- Wiedervorlage -
- 6.3 Verteilung von Jodtabletten
Vorlage: 17/SVV/0755
Fraktion DIE aNDERE
- 6.4 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 3: Keine städtische Förderung für Religionsprojekte
Vorlage: 17/SVV/0821
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

- 6.5 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 6: Mietpreisbremse und Maßnahmen für sozialverträgliches Wohnen finanzieren
Vorlage: 17/SVV/0824
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
- 6.6 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 9: Start-Förderung für neues Tierheim in Potsdam bereitstellen
Vorlage: 17/SVV/0827
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
- 6.7 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 15: Schulanschlussbetreuung für Jugendliche mit Behinderung sicherstellen
Vorlage: 17/SVV/0836
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
- 7 Mitteilungen der Verwaltung
- 7.1 Sachstand 2. Suchtaktionsplan
- 7.2 Bestätigung der Förderprojekte freiwilliger Leistungen 2018
- 7.3 Auswertung der Kundenbefragung zur Antragstellung von Wohnberechtigungsscheinen
- 8 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende, Frau Imke Eisenblätter.

zu 2 Vorstellung des Tageszentrums "Mittendrin"

Herr Dr. Kieser (Ernst von Bergmann Sozial gGmbH) und Frau Breggott (Tageszentrum „Mittendrin“ der Ernst von Bergmann Sozial gGmbH) stellen die Einrichtung sowie die Ernst von Bergmann Sozial gGmbH vor, deren Teil das Tageszentrum ist. Anschließend stellt Herr Dr. Kieser an Hand einer Powerpoint-Präsentation die einzelnen Einrichtungen der Ernst von Bergmann Sozial gGmbH vor.

Frau Breggott stellt die Schwerpunkte des Tageszentrums vor und weist darauf hin, dass es die Tagesstätte und eine Kontakt- und Beratungsstelle gibt. Die Tagesstätte wird regelmäßig von ca. 20 Personen täglich genutzt. Durch die Kontakt- und Beratungsstelle ist ein freiwilliges, anonymes und niederschwelliges Angebot. Es erfolgt die Beratung der Klienten, aber auch die Krisenbegleitung. Personen mit psychischen Beeinträchtigungen können hier z.B. im Rahmen der verschiedenen Gruppenangebote mit anderen Betroffenen in Kontakt treten.

Herr Dr. Kieser erläutert die Bedeutung der vernetzten Arbeit am Beispiel eines Patienten und verweist hierbei auf die Netzwerkkonferenzen.
Die Präsentation wird als Anlage zur Niederschrift zur Verfügung gestellt.

**zu 3 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 17.10.2017 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung**

Frau Eisenblätter stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 7 von 7 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist die Beschlussfähigkeit des Ausschusses gegeben.

Frau Eisenblätter stellt die Niederschrift zur Sitzung vom 17.10.2017 zur Abstimmung.

Frau Schulze bittet darum, dass die aktualisierte Themenplanung allen Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt wird, da in der letzten Sitzung einige Änderungen vorgenommen wurden.

Frau Schweers nimmt Bezug auf ihre Nachfrage in der letzten Sitzung zu den Zahlen der Obdachlosen. In der Niederschrift ist auf die Beantwortung einer Presseanfrage verwiesen. Sie bittet, diese zur Kenntnis zu bekommen.

Die Niederschrift wird 5 Zustimmungen bestätigt.

Frau Eisenblätter informiert, dass die Drucksache 17/SVV/0755 „Verteilung von Jodtabletten“ (TOP 6.3) auf Wunsch der Fraktion Die Andere zurückgestellt werden soll.

Des Weiteren teilt sie mit, dass zum Antrag 17/SVV/0606 „Ambulant betreute(s) Wohnen/Wohnstätten koordinieren“ (TOP 6.2) ein Antrag auf Rederecht für Frau Anette Hinze (Elterninitiative für Menschen mit Behinderung und ihren Angehörigen Potsdam e.V.) vorliegt.

Zunächst bittet Frau Eisenblätter um Abstimmung über die Änderungen zur Tagesordnung.

Den Änderungen wird einstimmig zugestimmt.

Anschließend stellt Frau Eisenblätter die so geänderte Tagesordnung zur Abstimmung.

Der geänderten Tagesordnung wird einstimmig zugestimmt.

zu 4 Bericht der Beiräte und des Inklusionsgremiums

Herr Puschmann informiert über die Beratung des **Seniorenbeirates** mit der Pro Potsdam GmbH zum Thema barrierearme und barrierefreie Wohnungen. Es wurde eine Checkliste erstellt. Die Pro Potsdam GmbH hat zugesagt, den Wohnungsbestand jetzt anhand der gesetzlichen Grundlagen in „barrierearm“ und „barrierefrei“ klassifizieren.

Es bestand Einigkeit darin, dass dies nicht nur für die ältere Generation sondern auch für Familien mit Kinderwagen gilt. Die Pro Potsdam GmbH wird die Checkliste demnächst herausgeben.

Des Weiteren verweist Herr Puschmann auf die „Rolle“ in Drewitz. Die Pro Potsdam GmbH hat alle Voraussetzungen geschaffen, die insgesamt 43 Wohnungen für generationsverbindendes Wohnen herzurichten. Am 30.11.2017, 17:30 Uhr wird dazu im Begegnungszentrum „oscar“ Informationsveranstaltung stattfinden. Ein entsprechender Flyer wurde bereits entwickelt. Die Begleitung des Projektes erfolgt durch die Fachhochschule Potsdam.

Herr Puschmann berichtet, dass am 15.11.2017 eine Veranstaltung zur Durchführung der 25. Brandenburgischen Seniorenwoche mit ca. 50 Teilnehmern stattgefunden hat. Das Motto der Seniorenwoche lautet: „Ein viertel Jahrhundert aktiv und mitbestimmend“.

In der 48. Kalenderwoche 2017 wird sich der Seniorenbeirat im Weberhaus in der Karl-Liebknecht Straße vorzustellen und für die kommunale Stiftung „Stiftung Altenhilfe Potsdam“ werben.

Abschließend informiert Herr Puschmann, dass am 28.11.2017, 10:00 Uhr die nächste Beiratssitzung im Treffpunkt Freizeit durchgeführt wird. Er weist darauf hin, dass die Sitzungen öffentlich sind. Dies sollte auch bekannt gemacht werden. In der Sitzung soll u.a. die neue Geschäftsordnung des Seniorenbeirates verabschiedet werden.

Frau Schulze bittet, die beiden genannten Checklisten als Anlage zur Niederschrift auszureichen. Des Weiteren bittet sie zu prüfen, ob die Termine der Sitzungen des Seniorenbeirates über den Pressedienst der Landeshauptstadt Potsdam bekannt gemacht werden können.

zu 5 Psychiatriekonzept der Landeshauptstadt Potsdam 2018

Vorlage: 17/SVV/0810

Oberbürgermeister, FB Soziales und Gesundheit

Frau Magnussen (FB Soziales und Gesundheit) stellt anhand einer Powerpoint-Präsentation das Psychiatriekonzept der Landeshauptstadt Potsdam vor und verweist zunächst auf die gesetzlichen Grundlagen sowie den Planungsauftrag. Anschließend verweist sie auf die Ausgangssituation und geht dann auf die Datenerhebung und -generierung ein.

Frau Magnussen gibt Erläuterungen zum Aufbau des Psychiatriekonzeptes und verweist auf die Empfehlung der Initiierung eines Gemeindepsychiatrischen Verbundes in der Landeshauptstadt Potsdam. Durch diesen kann ein Rahmen für verbindliche Kooperationen bzw. Vernetzungen in der Gemeindepsychiatrie geschaffen und die Versorgungsqualität nachhaltig gesichert werden.

Anschließend erklärt sie die 4 Bereiche der Empfehlungen und verweist beispielhaft auf den Bereich „Gesunde Kinder und Familien“ und „Gesunde Jugend“.

Abschließend gibt Frau Magnussen einen Ausblick auf das weitere Vorgehen. Sie weist darauf hin, dass am 16.01.2018 der Fachtag Psychiatrie mit dem thematischen Schwerpunkt „Gemeindepsychiatrischer Verbund“ stattfindet. Auf der Grundlage der Ergebnisse des Fachtages und des Psychiatriekonzeptes wird gemeinsam mit der PSAG das weitere Vorgehen sowie ein Maßnahmenplan entwickelt.

Frau Magnussen betont, dass die Landeshauptstadt Potsdam gemäß § 7 Abs. 4 Brandenburgisches Psychisch-Kranken-Gesetz das Votum der PSAG für eine gemeindenahere und bedarfsgerechte psychiatrische Versorgung einzuholen hat. Der Maßnahmenplan zum Psychiatriekonzept wird der

Stadtverordnetenversammlung zum Beschluss vorgelegt.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 6 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 6.1 Aufbau eines Inspektionsteams zur Kontrolle der von Trägern betriebenen Einrichtungen der LHP

Vorlage: 17/SVV/0059

Fraktion CDU/ANW

- Wiedervorlage -

(Zurückstellung vom 23.05.2017)

Herr Dünn zieht den Antrag zurück. Er bittet um eine Information zum aktuellen Stand in der nächsten Sitzung des GSI-Ausschusses.

Herr Schubert schlägt vor, in der Januar- oder Februarsitzung 2018 zu berichten.

zu 6.2 Ambulant betreute(s) Wohnen/Wohnstätten koordinieren

Vorlage: 17/SVV/0606

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

- Wiedervorlage -

Frau Hinze (Elterninitiative für Menschen mit Behinderung und ihren Angehörigen Potsdam e.V.) betont, dass der Verein eine oder auch mehrere Wohngemeinschaften für junge Menschen mit Behinderung aufbauen. Das Hauptproblem dabei ist die Frage der Finanzierung und der Unterstützungsmöglichkeiten, aber auch eine Anlaufstelle wird benötigt, wenn die Pflegenden aus unterschiedlichen Gründen nicht in der Lage sind, die Jugendlichen zu pflegen.

Der Verein wünscht sich Unterstützung durch die Stadt für eine rund um die Uhr Betreuung, um nicht die zu pflegenden Jugendlichen in Pflegeeinrichtungen geben zu müssen. Sie verweist dabei auf das Recht des selbstbestimmten Lebens.

Frau Eifler bringt die neue Fassung des Antrages ein, die als Tischvorlage ausgereicht wurde.

Herr Jekel (FB Soziales und Gesundheit) erklärt, dass dazu Gespräche mit der Pro Potsdam GmbH geführt werden können.

Herr Schubert bittet um Zurückstellung des Antrages, um sich nochmal mit dem Verein zur Findung einer gemeinsamen Lösung verständigen zu können.

Frau Schulze weist darauf hin, dass es sich um einen Prüfauftrag handelt. Sie kann sich durchaus vorstellen, darüber heute abzustimmen. Es sollte auch ein Termin für die Vorstellung des Prüfergebnisses festgelegt werden.

Frau Schweers verweist auf das Bundesteilhabegesetz und das Pflegestärkungsgesetz. Es sollte genau der Erstanspruch geprüft werden. Sie empfiehlt, einen Monat länger mit der Empfehlung zu warten.

Frau Eifler hält es für wichtig, dass die Gespräche beginnen.

Herr Schubert spricht sich auch für die Festlegung eines Termins aus.

Frau Eifler ergänzt den Antrag wie folgt: **Im April 2018 soll im GSI-Ausschuss die erste Berichterstattung erfolgen.**

Herr Kolesnyk weist darauf hin, dass es statt GEWOBA richtigerweise Pro Potsdam GmbH heißen muss.
Dies wird von Frau Eifler so übernommen.

Frau Eisenblätter stellt die so geänderte neue Fassung des Antrages zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Möglichkeiten zu prüfen, wie jungen Menschen mit Behinderung ein gelungener Übergang in die Selbständigkeit - der Wechsel aus dem elterlichen Haushalt in Wohnstätten oder in ambulant betreutes Wohnen - ermöglicht werden kann und wie sie und ihre Eltern dabei durch die LHP unterstützt werden können.

Insbesondere sollen Beratungs- und Informationsangebote geschaffen werden, sowie explizit Unterstützungsmöglichkeiten für in Eigeninitiative zu gründende WGs.

Diese Möglichkeiten sollen aktiv von der LHP beworben und bekannt gemacht werden.

Die Einrichtung von WGs und Wohnstätten soll durch die ~~Gewoba~~ **Pro Potsdam GmbH** explizit unterstützt werden und insbesondere bei Neubauten Berücksichtigung finden.

Im April 2018 soll im GSI-Ausschuss die erste Berichterstattung erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

zu 6.3 Verteilung von Jodtabletten

Vorlage: 17/SVV/0755

Fraktion DIE aNDERE

Die Drucksache wird auf Wunsch des Antragstellers zurückgestellt.

zu 6.4 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 3: Keine städtische Förderung für Religionsprojekte
Vorlage: 17/SVV/0821

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Herr Kolesnyk weist darauf hin, dass der Antrag so allgemein gefasst ist, dass er in der vorliegenden Fassung abzulehnen sei.

Frau Schumann (Büro des Oberbürgermeisters) erklärt, dass keine religiösen Bauten gefördert werden. Eine positive Religionspflege ist jedoch zulässig. So werden z.B. Veranstaltungen koordiniert.

Herr Schubert betont, dass der vorliegende Antrag auch Projektförderung beinhaltet.

Frau Eisenblätter stellt die vorliegende Drucksache zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die Landeshauptstadt Potsdam stellt keine finanziellen Mittel für die Förderung von religiösen Projekten oder Aktivitäten zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	0
Ablehnung:	5
Stimmenthaltung:	2

**zu 6.5 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 6: Mietpreisbremse und Maßnahmen für sozialverträgliches Wohnen finanzieren
Vorlage: 17/SVV/0824**

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Herr Jekel erklärt, dass sich die meisten Punkte des Antrages bereits in der Umsetzung befinden. Das gilt auch für das Thema Wohnungstausch, für das derzeit eine Beschlussvorlage erstellt wird. Eine Prüfung zur Umsetzung der Mietpreisbremse liegt nicht in der Zuständigkeit der Landeshauptstadt Potsdam. Hier muss das Land Brandenburg eine entsprechende Rechtsverordnung erlassen.

Frau Schulze erklärt, dass die Fraktion DIE LINKE dem Antrag zustimmen wird.

Frau Schweers weist darauf hin, dass jeder, der in Potsdam Wohnungen baut, auch einen gewissen prozentualen Anteil für sozialen Wohnungsbau zur Verfügung stellen muss.

Herr Jekel erklärt, dass gemäß den strategischen Zielen der ProPotsdam GmbH dort in den kommenden Jahren mindestens 50 Prozent des Wohnungsneubaus von durchschnittlich 200 Wohnungen pro Jahr als mietpreis- und belegungsgebundener Wohnungsbestand entstehen wird. Nach aktuellem Stand sind bei der ProPotsdam 280 gebundene Wohnungen bereits im Bau, weitere 222 sind unmittelbar in Vorbereitung. Weitere Bindungen entstehen in geförderten Sanierungsvorhaben.

Er kann dies gern als Anlage zur Niederschrift zur Verfügung stellen.

Frau Eisenblätter bittet zunächst um Abstimmung darüber, den Vorschlag anzunehmen. Die Annahme des Vorschlags erhält 3 Zustimmungen.

Anschließend bittet sie um Abstimmung darüber, dass sich der Vorschlag bereits in Umsetzung befindet. Der Vorschlag „Bereits in Umsetzung“ erhält 4 Zustimmungen.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion stellt fest, dass sich der folgende Vorschlag bereits in Umsetzung befindet:

Die Landeshauptstadt Potsdam setzt sich für eine Deckelung des Mietpreises pro

Quadratmeter Wohnfläche und für den Ausbau sozialverträglicher Wohnräume in Potsdam ein.

Folgende Instrumente sollen genutzt werden (unter anderem):

- Bei der ProPotsdam GmbH ist das Ziel, bezahlbaren Wohnraum anzubieten, stärker in den Vordergrund zu stellen.
- Kooperationen mit der Wohnungswirtschaft sind auszubauen.
- Fördermöglichkeiten des Landes und des Bundes sind zu nutzen.
- Die Stabilität der Mieten bei einem Wohnungstausch soll gesichert werden.
- Es sollen Anreize für Senioren geschaffen werden, „zu große“ Wohnungen gegen kleinere zu tauschen.

Die Umsetzung der Mietpreisbremse wird überprüft.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: **4**

zu 6.6 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 9: Start-Förderung für neues Tierheim in Potsdam bereitstellen

Vorlage: 17/SVV/0827

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Herr Schubert erklärt, dass die im Antrag geforderte zusätzliche Förderung rechtlich nicht möglich ist.

Frau Schulze plädiert für einen Prüfauftrag. Es sollte geprüft werden, ob und wenn ja in welcher Höhe Mittel für die Funktionsfähigkeit eines Tierheims benötigt werden.

Herr Schubert weist darauf hin, dass dies vergaberechtlich nicht möglich ist. Die Kriterien für Vergaben müssen nachvollziehbar sein. Der Antrag kann so nicht umgesetzt werden.

Frau Eisenblätter bittet zunächst um Abstimmung darüber, den Antrag als **Prüfauftrag** anzunehmen. Der Vorschlag erhält 2 Zustimmungen.

Anschließend stellt sie den Antrag zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die Landeshauptstadt Potsdam stellt dem neuen Tierheim in Potsdam (neben den Spenden) ein „Startkapital“ im Rahmen einer einmaligen Förderung von mindestens 150.000 Euro zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Ablehnung: **4**

zu 6.7 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 15: Schulabschlussbetreuung für Jugendliche mit Behinderung sicherstellen
Vorlage: 17/SVV/0836

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Frau Eisenblätter bittet um Abstimmung über die Erteilung des Rederechtes für Frau Andres (Elterninitiative für Menschen mit Behinderung und ihren Angehörigen Potsdam e.V.)

Der Erteilung des Rederechtes wird einstimmig zugestimmt.

Frau Andres bedankt sich bei den Akteuren, die das Pilotprojekt für die Schulabschlussbetreuung auf den Weg gebracht haben. Derzeit werden 15 Potsdamer Kinder im Projekt betreut. Das Projekt wird gut angenommen und auch benötigt. Sie informiert über den Rahmen der Betreuung und die Veranstaltungen, die durchgeführt werden. Dabei macht sie deutlich, dass es schwierig ist, dass das Modellprojekt nur für zwei Jahre angesetzt ist. Problematisch ist auch, dass die Jugendlichen aus Potsdam-Mittelmark, die ebenfalls die Potsdamer Schulen besuchen, nicht das Schulabschlussprojekt in Anspruch nehmen dürfen. Es gibt aber auch Schwierigkeiten bei einigen Jugendlichen bezüglich des Fahrdienstes.

Abschließend macht Frau Andres deutlich, dass eine feste Einrichtung gewünscht wird.

Herr Schubert erinnert daran, dass im Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion darüber beraten wurde, wie das Projekt weitergeführt werden kann. Die finanziellen Mittel dafür stehen bis zum Ende des Schuljahres 2018/2019 zur Verfügung. Klar ist auch, dass der nahtlose Übergang gewährleistet werden soll. Derzeit läuft die Vorbereitung der Evaluierung des Modellprojektes. Im Anschluss daran ist eine Ausschreibung der Schulabschlussbetreuung vorgesehen.

Herr Schubert betont, dass es sich um eine freiwillige Leistung der Landeshauptstadt Potsdam handelt. Ohne eine Kostenübernahme durch den Landkreis Potsdam-Mittelmark besteht keine Möglichkeit der Betreuung der Jugendlichen aus Potsdam-Mittelmark. Er regt an, dass von Seiten der Ausschussvorsitzenden diesbezüglich Kontakt zum Landkreis Potsdam-Mittelmark aufgenommen werden sollte.

Frau Schweers fragt, wann die Ergebnisse der Evaluation vorliegen werden. Des Weiteren spricht sie sich für eine Ausschreibung für einen längeren Zeitraum aus.

Herr Schubert erklärt, dass die Evaluierung derzeit vorbereitet wird.

Frau Schweers bittet um eine Information, wann Evaluierung abgeschlossen ist, als Anlage zur Niederschrift.

Herr Kolesnyk regt an, den vorliegenden Antrag bis zur Vorlage der Evaluationsergebnisse zurückzustellen.

Herr Schubert teilt mit, dass für 2018 für die Schulabschlussbetreuung 200.000 Euro eingeplant sind.

Frau Schulze bittet, dem Bürgerhaushaltsantrag zuzustimmen.

Frau Eisenblätter plädiert ebenfalls für eine Zustimmung als wichtiges Zeichen an die Betroffenen.

Sie stellt die vorliegende Drucksache zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die finanziellen Mittel für die Weiterführung und den Ausbau des Pilotprojekts der Schulanschlussbetreuung für Jugendliche mit Behinderung im Oberlinhaus sind durch die Landeshauptstadt Potsdam bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

zu 7 Mitteilungen der Verwaltung

zu 7.1 Sachstand 2. Suchtaktionsplan

Frau Hayn (FB Soziales und Gesundheit) gibt anhand einer Präsentation einen aktuellen Sachstand. Sie verweist auf die Ergebnisse aus dem Workshop zum 2. Suchtaktionsplan und gibt einen Überblick über die Projektförderung der Maßnahmen aus dem Plan. Dabei macht sie deutlich, dass 2017 insgesamt 14 von 22 Maßnahmen umgesetzt wurden. Für 2018 sind 12 von 20 Maßnahmen gesichert.

Anschließend stellt Frau Hayn die Planung vor. Zunächst erfolgt die Priorisierung der Maßnahmen durch die Verwaltung, danach die Erstellung des 2. Suchtaktionsplanes.

Frau Schweers fragt, ob der 2. Suchtaktionsplan in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht wurde. Im Mai 2016 wurden die Ergebnisse im Jugendhilfeausschuss und im Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion als Mitteilung eingebracht, jedoch nicht beschlossen.

Frau Hayn erklärt, dass dieser als Mitteilungsvorlage eingebracht und mit finanziellen Auswirkungen hinterlegt wurde.

Frau Schulze ist irritiert, da in den ausgereichten Unterlagen dargestellt ist, dass für die Umsetzung des 2. Suchtaktionsplanes für 2018 und 2019 jeweils 200.000 Euro eingeplant sind. Laut Darstellung in der Präsentation sind es 140.000 Euro.

Frau Hayn erklärt, dass die Summe korrigiert wurde. Wie in der Präsentation dargestellt, sind für die Jahre 2018 und 2019 jeweils 140.000 Euro eingeplant.

Frau Liefeld nimmt Bezug auf die Auflistung der Teilziele und stellt fest, dass sich bereits viele Bereiche in der Umsetzung befinden. Sie fragt, ob diese in der Regelfinanzierung enthalten sind.

Frau Hayn erklärt, dass die Teilziele in der Regelfinanzierung der einzelnen Projekte enthalten sind.

Auf Nachfrage bezüglich des Projektes HaLt erklärt sie, dass hier die Fachleistungsstunden der Fachstelle für Konsumkompetenz abgerechnet werden. Eine Finanzierung für Bereitschaftsdienste ist vertraglich bislang nicht geregelt.

Bezüglich der Kriterien zur Zielerreichung im 2. Aktionsplan betont Frau Hayn, dass diese in die Jahresgespräche einfließen können. Der Grad der Erfüllung der

Ziele kann in der Präsentation nicht dargestellt werden, da der Durchführungszeitraum noch nicht abgeschlossen ist.

zu 7.2 Bestätigung der Förderprojekte freiwilliger Leistungen 2018

Herr Bindheim (FB Soziales und Gesundheit) berichtet, dass das Auswahlgremium am 06.11.2017 und am 20.11.2017 getagt hat. Ziel war die Verständigung zur Projektförderung 2018 und die Entwicklung eines optimierten Verfahrens für die Förderung der Projekte ab 2019.

Er weist darauf hin, dass bei beiden Sitzungen nicht alle drei Jurymitglieder anwesend waren. Die Verständigung erfolgte dann per Mail.

Das Verfahren für die Projektförderung ab 2019 soll bis zum Sommer 2018 entwickelt und zur Abstimmung vorgelegt werden. Es ist angedacht, Kernprojekte längerfristig zu fördern. Welche das sind, soll im GSI-Ausschuss abgestimmt werden.

Mit Bezug auf die Projektförderung im Jahr 2018 erklärt Herr Bindheim, dass hier die zur Verfügung stehende Fördersumme den Rahmen vorgibt. Für die Förderung 2018 stehen Mittel in der gleichen Höhe wie auch im Jahr 2017 zur Verfügung.

Abschließend informiert er, dass zu den Projekten der ZWST „soziale Beratung jüdischer Zuwanderer“ (Ifd. Nr. 20) und der Ernst von Bergmann Sozial gGmbH „KBS“ kein Einvernehmen hergestellt werden konnte.

Frau Schweers kritisiert, dass schon im letzten Jahr zugesagt wurde, dass eine Förderung für zwei Jahre angestrebt wird. Sie fragt, warum die Projektförderung nun wieder nur für ein Jahr erfolgt.

Frau Schulze weist darauf hin, dass die Förderliste erst gestern Abend allen Ausschussmitgliedern zugegangen ist. Sie fühlt sich daher heute nicht in der Lage, eine Empfehlung abzugeben und schlägt vor, heute eine erste Diskussion zu führen und Fragen an die Verwaltung zu richten.

Des Weiteren bittet sie, die Träger über das Verfahren zu informieren und im Dezember die abschließende Beratung vorzunehmen.

Herr Schubert sagt zu, dass sich die Verwaltung verständigt und die Träger informiert.

Herr Kolesnyk weist darauf hin, dass die der Vorschlag der Fördersumme für das Projekt „Zufluchtswohnung“ des Autonomen Frauenzentrums (Ifd. Nr. 2) ein Mix aus der Förderung 2017 und dem Antrag 2018 ist. Er bittet, dies zu überprüfen.

Frau Liefeld informiert, dass es im Gremium eine Verständigung gab, dass grundsätzlich darüber nachgedacht werden soll, ob es eine Möglichkeit gibt, das Gremium für 2 Jahre einzusetzen.

Sie weist darauf hin, dass die Aids-Hilfe im Jahr 2018 unter der Vorjahresförderung liegt. Hierbei handelt es sich um ein Projekt, das schon viele Jahre besteht. Die Förderung sollte nicht herab gesetzt werden.

Herr Schubert weist darauf hin, dass es ein vorgegebenes Budget gibt, das eingehalten werden muss.

Frau Eifler fragt zur Weihnachtsfeier der Suppenküche. Laut Förderliste kommt hier noch ein Antrag.

Herr Bindheim erklärt, dass der Antrag eigentlich nicht mehr berücksichtigt werden kann, da Antragsschluss der 30.06.2017 war.
In Abhängigkeit der Entscheidung in der heutigen Ausschusssitzung soll es ein weiteres Treffen der Auswahljury geben.

Frau Schulze fragt nach der Gesamtfördersumme, da laut ausgereicherter Liste die Fördersummen 2017 und 2018 nicht identisch sind.

Herr Bindheim teilt mit, dass die Fördersumme für 2018 insgesamt 1.340.286 Euro beträgt.

Frau Schulze fragt, wie hoch die maximale Förderung bei Erstanträgen ist.

Herr Bindheim erklärt, dass ihm dies nicht bekannt sei.

Frau Eisenblätter schlägt vor, schriftliche Fragen bei der Verwaltung einzureichen, die dann auch schriftlich beantwortet werden. Im Frühjahr 2018 sollte intensiv das weitere Verfahren beraten werden.

Frau Biesecke fragt, warum der Seniorenbeirat und der Behindertenbeirat hier mit aufgeführt sind. Sie sieht die Beiräte als Gremium seitens der Verwaltung. Dazu sollte eine Verständigung erfolgen, wie eine Förderung aus einem anderen Fördertopf erfolgen kann Sie befürwortet die Förderung sehr.

Herr Schubert betont, dass nur Mittel vergeben werden können, die zur Verfügung stehen. Hier muss dann eine Priorisierung erfolgen.

Herr Kolesnyk bitte auch zu erklären, warum die Entscheidung bei einzelnen Projekten so erfolgt ist.

Herr Bindheim bittet, die Fragen schriftlich einzureichen, um darauf reagieren zu können.

zu 7.3 Auswertung der Kundenbefragung zur Antragstellung von Wohnberechtigungsscheinen

Herr Jekel (FB Soziales und Wohnen) stellt anhand einer Powerpoint-Präsentation die Ergebnisse der Nutzerumfrage vor. Er macht dabei deutlich, dass diese Untersuchung bereits regelmäßig durchgeführt wird, um Erkenntnisse z.B. über erforderliche Veränderungen bei der Antragstellung zu erlangen. Anschließend stellt er die Ergebnisse vor und weist darauf hin, dass auch die Informationsquellen der Nutzer sowie der Informationsbedarf abgefragt wurden. Auf Nachfrage teilt Herr Jekel mit, dass durch den Bereich Wohnen pro Jahr ca. 10.000 Fälle bearbeitet werden, davon ca. 2.500 WBS-Anträge.

Frau Schweers findet es schade, dass seit Jahren die Renovierungen im Haus 2 verschoben werden. Die Situation ist nicht ansprechend.

Herr Jekel erklärt, dass man sich in Gesprächen befindet

zu 8 Sonstiges

Nächster GSI-Ausschuss: 19. Dezember 2017, 18:00 Uhr

**Imke Eisenblätter
Ausschussvorsitzende**

**Martina Spyra
Schriftführerin**

Themenvorschläge für die Sitzungen des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Inklusion November 2017 bis März 2018

(Stand 22.11.2017)

Dienstag, 21. November 2017

- Bestätigung der Förderprojekte freiwilliger Leistungen 2018
- Vorstellung des Psychatriekonzeptes
- Sachstand 2. Suchtaktionsplan
- Auswertung der Kundenbefragung zur Antragstellung von Wohnberechtigungsscheinen

Dienstag, 19. Dezember 2017

- Haushalt 2017 – Mittelabfluss
- Haushaltsplanung 2018/2019
- Sicherheitskonzept Gemeinschaftsunterkünfte – überarbeitete Fassung
- Jahresbericht Chancengleichheit 2015/2016

Dienstag, 16. Januar 2018

- Aktionsplan „Senioren“
- Geschäftsordnung des Seniorenbeirates der LHP – Überlegungen zur Änderung
- Ehrenamtskarte – finanzielle Unterstützungsmöglichkeiten
- Gruppenprophylaxe in Kita und Schule

Dienstag, 13. Februar 2018

- Information zum aktuellen Stand zum Aufbau eines Inspektionsteams zur Kontrolle der von Trägern betriebenen Einrichtungen der LHP gemäß Antrag 17/SVV/0059

Dienstag, 20. März 2018

- Erste Erfahrungen zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes aus Sicht der Verwaltung

Weitere Themen:

- Sachstandsbericht Wohnungstauschzentrale (*Zusage Herr Jekel in GSI am 21.03.17*)
- Auswertung der Kundenbefragung im Kinder- und Jugendgesundheitsdienst (*Frühjahr 2018*)
- Der Pflegestützpunkt stellt sich vor und erste Erfahrungen zur Umsetzung des Pflegestärkungsgesetzes II (*Frühjahr 2018 - IKK muss angefragt werden!*)
- Vorstellung der Projektförderung freiwilliger Leistungen ab (*Frühjahr 2018*)

Förderung Freier Träger 2018
Fördervorschlag 06.12.2017

Soziale Projekte						
Lfd. Nr.	Antragsteller	Projekt	Förderung 2017 in Euro	Antrag 18	Vorschlag Fördersumme 2018 in Euro	Bemerkung
1	Autonomes Frauenzentrum	<i>Frauenhaus</i>	141.509,66	125.694,80	125.694,80	Zentrales Angebot, nachgefragt. Niedriger Antrag aufgrund Nutzerinnen aus PM.
2	Autonomes Frauenzentrum	<i>Zufluchtswohnung</i>	34.946,00	37.056,00	36.000,00	Der Bedarf ist weiterhin gegeben tendenziell steigend. Anzahl der Trennungen bei Geflüchteten steigt.
3	SEKIZ	<i>Kontaktstelle Begegnungszentrum Freiwilligenagentur</i>	142.000,00	159.239,11	144.000,00	Der Bedarf ist weiterhin gegeben Kostensteigerung im Rahmen des möglichen berücksichtigt
4	Soziale Stadt	<i>Präventives Anti s chulden und Solvenz t raining</i>	6.700,00	6.868,18	6.700,00	Präventivangebot bleibt erhalten.
5	Autonomes Frauenzentrum	<i>Beratungsstelle</i>	52.444,00	40.588,00	40.588,00	Nachfrage und Bedarf vorhanden.
6	Hoffbauer-Stiftung	<i>Trauerbegleitung in Potsdam</i>	25.200,00	49.472,00	32.472,00	Inhaltlich neues Angebot wird im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel gefördert.
7	Seniorenbeirat	<i>Seniorenbüro</i>	2.000,00	2.000,00	2.000,00	Mittel für die Arbeit des Seniorenbeirates.

8	Deutscher Diabetiker Bund	<i>Öffentlichkeitsarbeit</i>	6.000,00	9.000,00	7.000,00	Sinnhafte Präventivarbeit.
9	Volkssolidarität	<i>Soziales Zentrum (Suppenküche)</i>	169.142,00	169.142,00	169.142,00	Zentrales Angebot ausgelastet.
10	Paritätischer Wohlfahrts-verband	<i>Haus der Begegnung Zum Teufelssee 30</i>	144.000,00	156.000,00	145.000,00	Beantragte steigende Personalkosten, Ersatzbeschaffungen und Fortbildungen werden beantragt, können aber nicht in beantragter Höhe übernommen werden.
11	AWO	<i>Seniorenfreizeitstätte Zentrum-Ost</i>	26.000,00	26.000,00	26.000,00	Gleiche Förderung wie 2017.
12	Stadtteilladen im Kirchsteigfeld	<i>Stadtteilladen Kirchsteigfeld</i>	27.000,00	33.000,00	29.000,00	Vor dem Hintergrund des Engagements für im Kirchsteigfeld in Wohnungen lebender Geflüchtete eine leichte Erhöhung der Fördersumme.
13	Behindertenbeirat	<i>Beiratsarbeit</i>	2.724,00	-	1.500,00	Es liegt kein Antrag vor, Summe wird vorgehalten.
14	Ev. Kirchengemeinde Babelsberg	<i>Seniorenfreizeitstätte (Weberviertel)</i>	26.000,00	26.000,00	26.000,00	Zentrales Angebot.
15	Volkssolidarität	<i>Seniorenfreizeitstätte (Kiewitt)</i>	36.000,00	36.000,00	36.000,00	Zentrales Angebot.
16	Kreisverband d. Gehörlosen	<i>Beratungsstelle</i>	63.750,00	61.550,00	61.550,00	Förderantrag unter 2017, Nachfrage gegeben.
17	Kreisverband d. Gehörlosen	<i>Dolmetscher</i>	10.000,00	10.500,00	10.000,00	Gleichbleibend gefördert.

18	Sinfonieorchester	<i>für Senioren</i>	2.000,00	2.000,00	2.000,00	Nachgefragtes Angebot.
19	Sozialwerk	<i>Beratungsstelle für Sehbehinderte</i>	31.587,72	39.339,00	33.000,00	Nachfrage gegeben.
20	ZWST	<i>soziale Beratung jüd. Zuwanderer</i>	35.000,00	50.000,00	35.000,00	Angebot für besondere Zielgruppe erforderlich,
21	AWO	<i>Seniorenfreizeitstätte Waldstadt</i>	26.000,00	26.000,00	26.000,00	Zentrales Angebot.
22	Seniorenbeirat	<i>Seniorenwoche</i>	4.000,00	4.000,00	4.000,00	Wesentliche Aktion des Seniorenbeirates.
23	Seniorenbeirat	<i>Broschüre Zeitzeugen</i>	2.300,00	2.300,00	2.300,00	Broschüre wird nachgefragt.
24	Wir für uns	<i>Begegnungsstätte Drewitz</i>	2.950,00	1.396,00	1.396,00	Antrag dem Bedarf angepasst.
25	Alfred und Toni Dahlweid Stift.	<i>Seniorenfreizeitstätte Zentrum-Ost</i>	300,00	-		Kein Antrag gestellt.
26	Volkssolidarität	<i>Weihnachtsfeier in der Suppenküche</i>		<i>Antrag kommt Ende 2017</i>	500,00	
27	Soziale Stadt	<i>Familienzeit</i>	0,00	4.730,00		Abgelehnt. Entsprechender Bedarf wird in diesem Stadtteil im Vergleich zu anderen Stadtteilen nicht gesehen.
28	Soziale Stadt	<i>Miteinander Füreinander</i>	0,00	6.974,00	6.974,00	Ein neues Projekt mit ausführlichem Antrag. Der Bedarf wird gesehen und das Projekt wird befürwortet.
29	HARTZ IV Betroffene	<i>Beratung</i>	0,00	44.861,00	0	Abgelehnt. Der Fördervoraussetzungen nicht gegeben.
	Insgesamt		1.019.553,38	1.073.145,09	1.009.816,80	

Gesundheitsprojekte

Lfd. Nr.	Antragsteller	Projekt	Förderung 2017 in Euro	Antrag 18	Vorschlag Fördersumme 2018 in Euro	Bemerkung
30	Aidshilfe	<i>Projektförderung</i>	30.500,00	31.450,00	30.500,00	Bedarf gegeben, Nachfrage vorhanden
31	Opferhilfe	<i>Traumaambulanz</i>	13.189,95	13.768,36	13.190,00	Bedarf gegeben, Nachfrage da.
32	Ernst von Bergmann Sozial g GmbH	<i>KBS</i>	127.627,00	140.420,00	127.627,00	Das Projekt hat einen enormen Zuwachs an Besucherzahlen. Im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel wird die Fördersumme vom Vorjahr von 127.627 Euro gefördert.
33	Volkssolidarität	<i>Kontakt.- und Beratungsstelle</i>	25.385,00	25.385,00	25.385,00	Angebot gut in Anspruch genommen
34	Akademie 2. Lebenshälfte	<i>Betreuung und Entlastung "BEFA"</i>	7.716,00	8.010,20	7.716,00	Nachfrage vorhanden .
35	AWO	<i>Eltern-Kind-Sport/Eltern-Kind-Schwimmen</i>	4.590,00	4.450,00	4.450,00	Angebot trifft Bedarf

36	Akademie 2. Lebenshälfte	<i>Pflegebegleiterinitiative" PELA"</i>	24.182,00	23.965,40	23.965,00	Hohe Nachfrage vorhanden.
37	Volkssolidarität	<i>Selbsthilfe- Kontaktstelle</i>	11.825,00	11.825,00	11.825,00	Angebot deckt bestehenden Bedarf.
38	Volkssolidarität	<i>Freiwilligen- /Helferinnenkreis</i>	9.800,00	9.800,00	9.800,00	Bestehende Nachfrage.
39	Volkssolidarität	<i>Betreuungsgruppe</i>	12.850,00	12.850,00	12.850,00	Bestehende Nachfrage
40	Volkssolidarität	<i>2. Betreuungsgruppe</i>	12.150,00	12.150,00	12.150,00	Bestehende Nachfrage.
41	Akademie 2. Lebenshälfte	<i>Alter engagiert sich für Zukunft</i>	11.248,00	12.970,40	11.248,00	Im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel wird die Fördersumme vom Vorjahr von 11.248 Euro gefördert.
42	Volkssolidarität	<i>Angehörigengruppe</i>	830,00	830,00	830,00	Selbe Forderung wie im Vorjahr, wird ohne Bemerkung weiter gefördert.
43	Akademie 2. Lebenshälfte	<i>Kontakt- und Beratungsstelle</i>	17.090,00	16.990,00	16.990,00	Bestehende Nachfrage.
44	LAFIM	<i>Betreuungsgruppe</i>	500,00	4.331,46		Antrag zurückgezogen.

45	LAFIM	Helferkreis	2.000,00	7.087,41	4.000,00	Verdoppelung der Förderung gegenüber 2017
46	LAFIM	Angehörigen-Selbsthilfegruppe	250,00	3.792,00	1.750,00	Neuaufbau des Angebotes
47	LAFIM	Beratungsstelle	9.000,00	25.223,62	15.000,00	Neuaufbau des Angebotes
48	Akademie 2. Lebenshälfte	Ehrenamt Drewitz	0,00	-		
49	AWO	Gemeinsames Kochen mit Familien	0,00	-		
50	Ernst von Bergmann Sozial g GmbH	Help to go	0,00	2.000,00		
51	Malteser	Demenzarbeit	0,00	2.011,00	1.011,00	Neues Projekt, Aufbauförderung
	Insgesamt		320.732,95	369.309,85	330.287,00	

Frage: Welche Summe war für Gesundheitsprojekte in 2017 abgestimmt?

	Förderung 2017	Antrag 2018	Vorschlag 2018	
	1.019.553,00	1.073.145,09	1.009.816,98	
	320.732,95	369.309,85	330.287,00	
Insgesamt	1.340.285,95	1.442.454,94	1.340.103,98	Beantragte Fördersumme um 102.355,96€ über Förderung 2017



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

Mitteilungsvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

17/SVV/0700

Betreff: öffentlich
Jahresbericht Chancengleichheit 2015/2016 des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt

**bezüglich
DS Nr.:**

Erstellungsdatum 25.08.2017

Eingang 922: 25.08.2017

Einreicher: Büro für Chancengleichheit und Vielfalt

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

13.09.2017 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Inhalt der Mitteilung:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Jahresbericht der Beauftragten des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt „Chancengleichheit 2015/2016“.

Laut Stadtverordnetenbeschluss (DS 10/SVV/1025) legen die Beauftragten des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt den Stadtverordneten jährlich einen gemeinsamen Jahresbericht vor. Der vorliegende Jahresbericht fasst 2015 und 2016 zusammen.

Die wichtigsten Arbeitsvorhaben und Projekte der Beauftragten werden dargestellt und hinsichtlich der Ziele Chancengleichheit und Vielfalt erläutert.

Mit ihrer Jahresberichterstattung wollen die Beauftragten des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt den Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung, der Verwaltung und allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern ihre Arbeit fundiert und so transparent wie möglich aufzeigen.



Landeshauptstadt
Potsdam

Büro für
Chancengleichheit
und Vielfalt

CHANCENGLEICHHEIT 2015/2016



© Roman Motizov - stock.adobe.com

Potsdam
VIELFALT
Die Vielfalt des Alltags macht unsere Welt bunt...
CHANCENGLEICHHEIT

U-Zeiten für
Vernetzung + inter

Die Lehrkräfte
sollen besser
vorbereitet werden

- sich informieren
- sich einlassen
- sozialpädagogische
Begleitung
für Schülerinnen
und Schüler

Praxislernen

atz von Mehrpersonal
Kinder mit
deutsch-englischer Sprache

Alle © André Hildebrandt

Netzwerke
für + mit
Mädchen → Personal

↓

Räume

↓

Zeit

bedarf an
zu
an Orientierung/
erfragen
Verfahren
(an)

Arbeits-Empfehlung
angehen und Mädchen,
Jugendclub und
antrag gibt es!

Stelle zur Koordinierung
für (Ehrenamtliche) Hilfen für
Asylsuchende

Integrationskonferenz der
Landeshauptstadt Potsdam
2015

Inhalt

Grußwort	5
A Das Büro für Chancengleichheit und Vielfalt	6
1. Wer sind wir?	6
2. Unsere Arbeit	7
2.1 Was wollen wir?	7
2.2 Was tun wir?	7
2.3 Unser Selbstverständnis	8
3. Kontakt und Pressearbeit	9
B Veranstaltungen 2015 und 2016	12
1. Veranstaltungen	12
2. Aktionstage	15
3. Fachtagungen und Fachforen	18
C Veröffentlichungen	23
D Netzwerken für Chancengleichheit	24
1. Arbeitskreise	24
2. Beirat für Menschen mit Behinderung	25
3. Migrant*innenbeirat	25
4. Weitere Gremien	25
5. Internationale Vernetzung	28
6. Zusammenarbeit mit Politik und Verwaltung	29
E Interne Gleichstellungsarbeit	31
F Integrationskonzept	33
G Lokaler Teilhabeplan	35
H Projekte zur Förderung der Chancengleichheit	36
Impressum	38

ich auch
→ gezielte
→ Spenden + Ehren

* Ehrenamtliche Arbeit

- Bsp.
- Deutschkurse für Mütter
 - Kochangebote
 - Mutter-Kind Sport

} Koordination
wenn möglich,
durch Träger
↳ zumindest 1. Koordination
anschieben

* finanzielle Ausstattung
sozialer Träger?

- keine Vorgaben
- Sozialarbeit
- Beratung
- Personalmangel?

* Wegweiser:
was gibt es, warum, wo?

* Flüchtlinge selbst
ermächtigen

- Betreuung z. B. traumatisierte Asylbewerber
- spezielle Beratungsstelle?
- gut ausgebildetes Personal
- Unterstützung im Falle von Anfall vom Betreuungspersonal auf Grund Krankheit, Belastung?

Zuarbeit von Flüchtlingen

Grußwort

Sehr geehrte Stadtverordnete,
sehr geehrte Damen und Herren,

wir freuen uns, Ihnen den Bericht „**Chancengleichheit und Vielfalt 2015/2016 in der Landeshauptstadt Potsdam**“ vorstellen zu dürfen. Potsdams Bevölkerung wächst kontinuierlich. Zum Jahresende 2016 waren in Potsdam 171.597 Einwohnerinnen und Einwohner gemeldet. Das waren 4092 Menschen mit dem Erstwohnsitz in Potsdam mehr als noch ein Jahr zuvor.

Durch den stetigen Anstieg gewinnen die Themen **Integration, Inklusion und Chancengleichheit** immer stärker an Bedeutung. Die Landeshauptstadt Potsdam muss sich immer weiter nach innen für ihre Mitarbeitenden als auch nach außen für die Einwohnerinnen und Einwohner – unabhängig von ihrer Herkunft – öffnen und wichtige Werte wie Chancengleichheit und Gleichberechtigung stärken und fördern. Dem Büro für Chancengleichheit und Vielfalt kommt bei der Gestaltung einer wachsenden und vielfältigen Stadtgesellschaft eine wichtige Rolle zu und es unterstützt die Landeshauptstadt auf ihrem Weg zu einer vielfältigen, chancengerechten und inklusiven Landeshauptstadt.

Dieser Prozess erfordert eine moderne Beauftragtenarbeit, die Kommunikations- und Partizipationsprozesse in der Landeshauptstadt anstößt und die Entwicklung von inklusiven Strategien und nachhaltigen Veränderungsprozessen ermöglicht.

Mit dem vorliegenden Bericht wollen wir, die Beauftragten des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt, den Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung sowie allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern unsere Arbeit fundiert und so transparent wie möglich aufzeigen. Wir erklären Ihnen unsere Arbeitskultur und unser Selbstverständnis mit unseren Leitlinien für eine moderne Beauftragtenarbeit in der Landeshauptstadt Potsdam. Sie können erfahren, wo im Jahr 2015/2016 unsere Schwerpunkte lagen, wie unsere Öffentlichkeitsarbeit aussah, welche Veranstaltungen wir selbst initiiert oder an welchen wir mitgewirkt haben und wer unsere Netzwerkpartnerinnen und -partner waren.

Chancengleichheit und Vielfalt stehen für unsere Arbeitskultur als Beauftragte der Landeshauptstadt Potsdam. Chancengleichheit und Vielfalt stehen aber auch und insbesondere für eine anspruchsvolle und übergreifende Arbeitsmethode, die sich an der Selbstbestimmung und Menschenwürde sowie an der Lebensqualität der Einwohnerinnen und Einwohner orientiert. Wir bedanken uns bei allen, die unsere Arbeit unterstützt und sich damit für mehr Chancengleichheit und Vielfalt in der Landeshauptstadt Potsdam eingesetzt haben.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre Beauftragten aus dem
Büro für Chancengleichheit und Vielfalt



Martina Trauth-Koschnick



Magdolna Grasnack



Christoph Richter

A Das Büro für Chancengleichheit und Vielfalt

1. Wer sind wir?

Martina Trauth-Koschnick

ist seit 1. März 2010 Leiterin des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt und Gleichstellungsbeauftragte der Landeshauptstadt Potsdam. Sie ist Diplom-Sozialpädagogin/Sozialarbeiterin und Gesundheitswissenschaftlerin (Master of Public Health).

„Für mich ist Chancengleichheit erreicht, wenn Frauen in allen Gremien die Hälfte der Plätze besetzen, ihr Wissen und ihre Erfahrungen einbringen, ihre eigenen Ideen entwickeln und umsetzen, ihr Lebensumfeld mitgestalten und über die Verwendung öffentlichen Geldes mitentscheiden.“

Magdolna Grasnack

ist seit 1. September 1990 Ausländerbeauftragte beziehungsweise Beauftragte für Migration und Integration. Sie ist Diplom-Ingenieurin für Chemie und Verwaltungsfachwirtin.

„Für mich ist Chancengleichheit erreicht, wenn Zugewanderte entsprechend ihrer Interessen und Talente ihr Leben – ohne Blick auf Aufenthaltsstatus, Religion, Hautfarbe – gestalten können. Wenn sie die Gemeinschaft, in der sie leben, gleichberechtigt mitgestalten, wenn sie ein ‚Wir-Gefühl‘ entwickeln können, weil sie die gleichen sozialen, ökonomischen, politischen und kulturellen Rechte auf Teilhabe haben wie alle anderen auch.“

Christoph Richter

ist seit 1. August 2013 Beauftragter für Menschen mit Behinderung. Er ist Diplom-Sozialpädagoge und Master of Arts (Soziologie und Ethnologie).

„Für mich ist Chancengleichheit erreicht, wenn die Unterschiedlichkeit der Menschen nicht mehr im Vordergrund steht und jede Person ihre Potenziale und Ressourcen selbstverständlich in unsere Gesellschaft einbringen kann.“

Alle drei Beauftragten leben mit ihren Familien in Potsdam.



© Robert Schnabel

von links nach rechts:
Martina Trauth-Koschnick, Magdolna Grasnack, Christoph Richter

A Das Büro für Chancengleichheit und Vielfalt

2. Unsere Arbeit

2.1 Was wollen wir?

Übergreifendes Ziel aller Beauftragten ist es, die gesellschaftliche Gleichstellung, Integration, Inklusion und Teilhabe zu fördern. Im Fokus stehen dabei die Entwicklung und Fortschreibung kommunaler Gesamtstrategien zur Inklusion und Integration, die barrierefreie und interkulturelle Öffnung der Verwaltung sowie die Verbesserung der Partizipation von Einwohnerinnen und Einwohnern.

Die Beauftragten setzen sich für Chancengleichheit, also gleiche Zugangs- und Lebenschancen in allen gesellschaftlich, politisch und wirtschaftlich relevanten Bereichen ein und treten Diskriminierungen entgegen.

Sie fördern Vielfalt in der Stadtgesellschaft. Vielfalt bedeutet, die Verschiedenheit der Menschen, insbesondere in Bezug auf ihr Alter, Geschlecht, den kulturellen Hintergrund, Religion oder sexuelle Identität zu schätzen und ihr Potenzial für die Gesellschaft zu nutzen.

„Wir engagieren uns dafür, dass Chancengleichheit und Teilhabe in der Landeshauptstadt Potsdam in allen Teilen der Gesellschaft gefördert und gelebt werden und sind für alle Bürgerinnen und Bürger verlässliche Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner.“

2.2 Was tun wir?

Die Beauftragten

- sind Anlaufstelle für alle Einwohnerinnen und Einwohner bei Fragen zu Chancengleichheit, Antidiskriminierung, Integration und Inklusion.
- erarbeiten mit Betroffenen, Politik und Verwaltung Strategien und Konzepte zur Integration und Inklusion sowie zur Gleichstellung der Geschlechter.
- initiieren, leiten und fördern Arbeitsgruppen und Projekte zur Verbesserung der gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit sozialer Benachteiligung.
- begutachten Maßnahmen und Projekte auf Barrierefreiheit und auf Chancengleichheit.
- arbeiten mit dem Beirat für Menschen mit Behinderung und dem Migrantenbeirat zusammen und unterstützen deren Arbeit.
- fördern eine aktive regionale und überregionale Netzwerkarbeit und kooperieren mit Verbänden, Vereinen, Selbsthilfegruppen und Initiativen sowie mit Landes- und Bundesministerien.
- sind in politischen Ausschüssen zu Gast und informieren über ihre Arbeit.
- betreiben eine aktive Öffentlichkeitsarbeit, nehmen an Diskussionen teil, organisieren Veranstaltungen und beteiligen sich an regionalen und globalen Aktionstagen.

A Das Büro für Chancengleichheit und Vielfalt

2.3 Unser Selbstverständnis

Um der Beauftragtenarbeit eine einheitliche Orientierung zu geben, haben wir „Leitlinien für eine moderne Beauftragtenarbeit“ formuliert. Die Leitlinien zeigen den Auftrag (Mission), die strategischen Ziele (Vision) und die Art und Weise ihrer Umsetzung (Werte) nach innen in die gesamte Verwaltung und in die Politik sowie nach außen in die Stadtgesellschaft. Damit geben die Leitlinien Verwaltung, Politik und Stadtgesellschaft eine einheitliche Orientierung für die Beauftragtenarbeit.

Moderne Beauftragtenarbeit

- fördert Chancengleichheit und Vielfalt in der Landeshauptstadt Potsdam (sowohl nach innen in die Verwaltung als auch nach außen in die Gesellschaft).
- beschränkt sich nicht auf als gesellschaftlich benachteiligt betrachtete Gruppen, sondern geht unterschiedlichen Aspekten von Benachteiligung (Geschlecht, Alter, Herkunft, sexuelle Identität, Behinderung) gemeinsam nach.
- blickt auf das Gesamtgeschehen in der Kommune und ist als Teil der kommunalen Gesamtentwicklung zu sehen.
- verfolgt einen potenzial- und kompetenzorientierten Ansatz, der in der Vielfalt der Menschen eine wichtige kommunale Chance sieht.
- berücksichtigt alle Formen von Ungleichheit und ihre Überkreuzungen (z. B. Migrantin mit häuslicher Gewalterfahrung).
- bindet Politik, Verwaltung sowie die verschiedensten gesellschaftlichen Akteure in ihre Arbeit ein.
- befähigt und motiviert Betroffene und ihre Selbsthilfeorganisationen zur aktiven Beteiligung an der Gestaltung ihrer Lebenswelt (Empowerment).
- ist kooperativ, vernetzt und zielorientiert.
- ist strategisch ausgerichtet (Integrationskonzept, Lokaler Teilhabeplan, Gleichstellungsplan).
- orientiert sich an ihrer Wirkung (Monitoring, Evaluation).

A Das Büro für Chancengleichheit und Vielfalt

3. Kontakt und Pressearbeit

Über die Webseite des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt

www.potsdam.de/kategorie/chancengleichheit

sowie eine kontinuierliche Pressearbeit wird die Öffentlichkeit ständig über die Arbeit der Beauftragten, Beratungs- und Kontaktadressen sowie über aktuelle Ereignisse zum Thema Chancengleichheit und Vielfalt informiert. Neben einer englischen Übersetzung der gesamten Webseite stehen einige Dokumente und Einladungen auch in Leichter Sprache zur Verfügung, sodass sie auch Menschen mit Lernschwierigkeiten, oder Menschen, die nicht gut deutsch sprechen, lesen können.

Bürgerinnen und Bürger haben die Möglichkeit, telefonisch oder per E-Mail den Kontakt mit allen Beauftragten aufzunehmen. Beratungsgespräche sind jederzeit nach Terminabsprache möglich.

E-Mail: Gleichstellung@rathaus.potsdam.de

Telefon: 0331- 289-1081

Fax: 0331- 289-1082

Adresse: Landeshauptstadt Potsdam
Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
Stadthaus/Raum 2.013 - 2.015
Friedrich-Ebert-Straße 79-81
14469 Potsdam

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit ist für uns ein wichtiges Medium, um die Potsdamer Bevölkerung über das Thema Chancengleichheit und Vielfalt zu informieren und aufzuklären. Wir pflegen deswegen eine stetige und eigenständige Pressearbeit. In den Jahren 2015/2016 haben wir kontinuierlich **Pressemitteilungen** über unsere Arbeit beziehungsweise wichtige Themen veröffentlicht:

2015

- Nr. 92 Rund130 Teilnehmende bei der Potsdamer Integrationskonferenz
- Nr. 121 25. Brandenburgische Frauenwoche
- Nr. 140 Veröffentlichung Wegweiser für Menschen mit Behinderung
- Nr. 131 Vorstellung Bericht für Chancengleichheit 2013-2014
- Nr. 132 Frauentagsfeier am 8. März im Nikolaisaal
- Nr. 141 Martina Trauth-Koschnick zur Gleichstellungsbeauftragten wiedergewählt
- Nr. 262 Beauftragter für Menschen mit Behinderung stellt den Report vor
- Nr. 368 Zeichen setzen für Inklusion, Toleranz und Vielfalt
- Nr. 471 Landeshauptstadt Potsdam baut internen Sprachmittlerpool auf
- Nr. 565 25. Interkulturelle Woche startet am 22. September
- Nr. 622 Landeshauptstadt Potsdam lädt zum Forum für Menschen mit Behinderung ein
- Nr. 677 Deutsch-Israelische Inklusionsbegegnung in Potsdam
- Nr. 743 Flagge gegen Gewalt an Frauen vor dem Rathaus gehisst
- Nr. 772 Büro für Chancengleichheit und Vielfalt zum Tag der Menschenrechte

A Das Büro für Chancengleichheit und Vielfalt

2016

- Nr. 102 Festveranstaltung zum Frauentag: Kartenverkauf gestartet
- Nr. 138 26. Brandenburgische Frauenwoche beginnt am 3. März
- Nr. 153 Frauen feiern am 8. März in der Schinkelhalle
- Nr. 278 Erster Zwischenbericht zum Lokalen Teilhabeplan vorgestellt
- Nr. 377 Ausstellung „Potsdam mit farbigem Schwung“ im Rathaus eröffnet
- Nr. 444 Gleichstellungsbeauftragte begrüßt die Reform des Sexualstrafrechts
- Nr. 451 Gleichstellungsbeauftragte unterzeichnet die Online-Petition Fair Play
- Nr. 469 Ausstellung „Pastelle“ von Liane Köhler im Rathaus zu sehen
- Nr. 507 Lokaler Teilhabeplan soll fortgeschrieben werden
- Nr. 594 Vielfalt, das Beste gegen Einfalt (Interkulturelle Woche)
- Nr. 612 Internationale Impulse für Potsdam
- Nr. 619 Gleichstellungsbeauftragte lädt ein zum ersten Potsdamer Frauen-Talk
- Nr. 633 Integrationsbeauftragte wirbt zum Abschluss der Interkulturellen Woche für Menschlichkeit
- Nr. 639 Online-Diskussion zum Thema „Frauen und Politik“ gestartet
- Nr. 652 Gleichstellungsbeauftragte begrüßt die armenischen Bürgermeisterinnen
- Nr. 661 Tag zur Beseitigung der Armut: Gleichstellungsbeauftragte weist auf die Situation von Alleinerziehenden hin
- Nr. 683 Landeshauptstadt Potsdam lädt zum Forum für Menschen mit Behinderung ein
- Nr. 751 Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen

Darüber hinaus haben wir eigene **Pressekonferenzen** einberufen und **Presseinterviews** durchgeführt, unter anderem zu folgenden Themen:

- Brandenburgische Frauenwoche
- Integrationsmonitoring
- Interkulturelle Woche
- Integrationskonzept
- Gewalt gegen Frauen

A Das Büro für Chancengleichheit und Vielfalt

Potsdamer Neueste Nachrichten vom 28.09.2016, Seite 8

Von Einwanderern

Eine neue Broschüre über die Geschichte der Zuwanderung in Potsdam und ihre Spuren in der

BABELSBERG - Potsdam, in Zeiten des Absolutismus gemeinhin bekannt als Stadt der Könige, Schlösser und Parks, diente in den vergangenen Jahrhunderten ebenso als Beispiel für einen bewegten multikulturellen Ort. Belege dafür hat die Stadt Potsdam jetzt im Rahmen der Interkulturellen Woche 2016 in der neuen Broschüre „Internationale Impulse für Potsdam – Zur Rolle der Zugewanderten für die Entwicklung Potsdams“ zusammengestellt. Für Historiker Ulrich Schmelz eine lehrreiche Schrift auch für die heutige Zeit. „Wir rufen unsere Geschichte auch deshalb herbei, um aus ihr bestimmte Vorurteile heute abzulehnen.“

werbung und Ansiedlung möglichst ausgebildeter Ausländer vorsah. Dem sollten, wie auch nach erneuter Dezi- rung der Bevölkerung durch we- Kriege, Missernten oder Seuchen, vo- ranzedikt bot der Kurfürst schließl- ter religiöser Verfolgung leidende, schen Zuflucht in Brandenburg. A- ausgeschriebenen Privilegien für M- ger lockten Menschen aus ganz nach Potsdam. „Durch diese Ma- nen wir

Frauen in die Politik

Blickpunkt 1.10.16

Erster Frauentalk im Bildungsforum

● Potsdam. „Politik braucht Frauen“ – mit diesem Slogan startet der erste Potsdamer Frauentalk am 4. Oktober um 17 Uhr im Bildungsforum Potsdam. Gleichstellungsbeauftragte Martina Trauth-Koschnick lädt zu dem neuen Format ein. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, für die nächste Kommunalwahl im Jahr 2018 für einen höheren Frauenanteil in den Stadtverordnetenversammlungen zu werben. „Nur 25 Prozent Mandate in den kommunalen

Märkische Allgemeine vom 07.10.2016,

Online-Debatte zur Rolle der Frauen in der Politik

Potsdam. Martina Trauth-Koschnick, die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Potsdam, lädt zu einer Diskussion zum Thema „Frauen und Politik“ auf der Online-Plattform www.civocracy.org ein: „Ziel ist, für die nächste Kommunalwahl im Jahr 2018 für mehr Frauen in der Stadtverordnetenversammlung zu werben. Nur 25 Prozent der Mandate in Kommunalparlamenten landesweit sind mit Frauen besetzt. Auch in Potsdam sind von 57 Stadtverordneten nur 18 Frauen“, so Trauth-Koschnick. Gemeinsam mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern will die Gleichstellungsbeauftragte die Diskussion eröffnen: „Wie kann es gelingen, mehr Frauen in die kommunale Politik zu bringen?“

Neuer Jugendpreis

„Blickwechsel“ zur Geschlechtergerechtigkeit

● Potsdam. Einrichtungen, die mit Kindern und Jugendlichen in Potsdam arbeiten, können sich vom 1. September bis 30. Januar erstmals für den Jugendinnovationspreis „Blickwechsel“ bewerben. Mit dem Preis sollen engagierte Projekte und Einrichtungen in Potsdam unterstützt werden.



Schirmherrin ist Martina Trauth-Koschnick. Foto: SG

punkt des Jugendinnovationspreises „Blickwechsel“ auf dem Thema Geschlechtergerechtigkeit. Damit sollen Projekte zur Teilhabe motiviert werden, die die Auseinandersetzung mit dem Thema Geschlechtergerechtigkeit fördern. Werben können sich Projekte aus dem Jahr 2015. 1. September unter dem Blickwechsel-potdamer Ziel der Ausschreibung die Verbreitung

Vielfalt gegen Einfalt

Interkulturelle Woche beginnt am Sonntag

Unter dem Motto „Vielfalt. Das Beste gegen Einfalt“ beginnt am Sonntag die Interkulturelle Woche in Potsdam. Bis zum 3. Oktober soll bei insgesamt 25 Veranstaltungen zum Thema Integration informiert werden. In Zeiten des Umbruchs und der Veränderung sei dies eine Gelegenheit, sich mit aktuellen Fragestellungen auseinanderzusetzen, sagte die Potsdamer Integrationsbeauftragte Magdolna Grasnick am gestrigen Montag bei der Vorstellung des Programms vor der Presse. Gleich am Sonntag werden unter anderem Oberbürgermeister Jann Jakobs (SPD) und die Vorsitzende des Migrationenbeirates, Diana Gonzalez Olivo, in der Schiffbauergasse den Integrationspreis 2016 verleihen. Am Montag beginnt die Bilderausstellung „Planet Potsdam“ der Künstlerin Ujjana Scheremetjewa im Rathaus. Zu einem Filmtag laden mehrere afrikanische Vereine und Organisationen ins Thalia Kino Babelsberg ein – er findet

am Dienstag, dem 27. September, statt. Am Tag darauf, dem 28. September, startet die Veranstaltungsreihe „Potsdam, eine Stadt, die Wissen schafft!“ Hier werden die Landeshauptstadt, der Verein Neues Potsdamer Toleranzedikt, das Institut für Advanced Sustainability Studies (IASS) und das Bildungsforum Potsdam mit dem Verein proWissen gemeinsam für Welttoffenheit und Toleranz werben. Ausländer seien für die Wissenschaft in Potsdam enorm wichtig, sagte dazu der wissenschaftliche Direktor des IASS, Mark G. Lawrence. Er hoffe, dass sich die fremdenfeindlichen Ereignisse und die Pogida-Deemonstrationen „in Grenzen halten lassen“. Die Wissenschaft habe „keinen Platz für Intoleranz“, sagte er. So würden rund 10 000 Ausländer in Potsdam an wissenschaftlichen Einrichtungen arbeiten und knapp 25 000 Menschen an den Hochschulen eingeschrieben sein. Zu Ende geht die Interkulturelle Woche mit dem Tag der offenen Moschee am 3. Oktober, dem Tag der Deutschen Einmüdigkeit. Daran beteiligt sich der Verein der Moschee Potsdam. Die Moschee in der Straße Am Kanal ist dann für Interessierte von 14 bis 16.30 Uhr geöffnet. An der bundesweit stattfindenden Interkulturellen Woche beteiligen sich 500 Städte und Gemeinden mit rund 5000 Veranstaltungen. Potsdam ist seit 1991 dabei.

STEFAN ENGELBRECHT

B Veranstaltungen 2015 und 2016

1. Veranstaltungen

Brandenburgische Frauenwochen 2015/2016

Engagierte Frauen, Vertreterinnen von Frauenverbänden und kommunale Gleichstellungsbeauftragte organisierten 1991 die erste Brandenburgische Frauenwoche. Seitdem findet sie in jedem Jahr rund um den Internationalen Frauentag am 8. März statt und schließt auch den Weltgebetstag mit ein.

Das Programm für die Landeshauptstadt Potsdam mit mehr als 40 Veranstaltungen im Jubiläumsjahr 2015 (2016: 22 Veranstaltungen) wurde durch das Büro für Chancengleichheit und Vielfalt koordiniert, gestaltet und in der Öffentlichkeit beworben.

Die Brandenburgische Frauenwoche gibt kommunalen Gleichstellungsbeauftragten, frauenpolitischen Aktiven in Verbänden, Vereinen, Gewerkschaften, Parteien und der Kirche und vor allem vielen Frauen unterschiedlicher sozialer Schichten und Generationen die Gelegenheit, auf ihre Belange aufmerksam zu machen, ihre Interessen und Forderungen zu formulieren und sich einzumischen.

2015 stand die Brandenburgische Frauenwoche unter dem Motto „25 Jahre Frauen- und Gleichstellungspolitik in Brandenburg – Weite Wege zur Gerechtigkeit“ und 2016 lief sie unter der Überschrift „Frauengenerationen im Wechselspiel – Chancen, Risiken und Nebenwirkungen“ und thematisierte den anstehenden Generationenwechsel in Brandenburgs Frauenvereinen und -verbänden.



Festveranstaltung zum
8. März 2015 im Nikolaisaal

Anlässlich des 25-jährigen Jubiläums sagte die Leiterin des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt und Gleichstellungsbeauftragte der Landeshauptstadt Potsdam, Martina Trauth-Koschnick: *„Frauenrechte waren von jeher umstritten, wurden mühevoll errungen und müssen auch heute immer neu erkämpft werden. Die Brandenburgische Frauenwoche ist ein wichtiger Motor, um Veränderungen voranzubringen.“*

Die Landeshauptstadt präsentierte in beiden Jahren ein vielfältiges politisches und auch kulturelles Programm mit jeweils einer großen Festveranstaltung zum Internationalen Frauentag, die seit 2001 als Höhepunkt der Potsdamer Veranstaltungen gilt. 2015 zog sie im Nikolaisaal mit Hip Hop und poetischem Kabarett mehr als 500 Besucherinnen und Besucher an.

2016 fand sie zum ersten Mal in der Schinkelhalle statt, im Anschluss erwartete die Zuschauerinnen und Zuschauer ein Improvisationstheater der Spitzenklasse. „Die Gorillas“ entfachten ein Spektakel aus Songs, Szenen und Stories.

Vor allem aber hat sich die Frauenwoche als ein wichtiges Instrument der Sensibilisierung für und Kommunikation über frauen- und gleichstellungspolitische Themen etabliert.

B Veranstaltungen 2015 und 2016

Festival „Bewegend Anders“

Vom 2. bis 6. September 2015 fand in der Potsdamer Schiffbauergasse das 1. Potsdamer Kunstfestival für Menschen mit und ohne Behinderung statt. Es wurden künstlerische Projekte in den Bereichen Theater, Bildende Kunst, Musik und Tanz entwickelt und präsentiert. Das Projekt des AWO Bezirksverbandes Potsdam e. V. wurde hauptsächlich von der Aktion Mensch gefördert. Der Beauftragte für Menschen mit Behinderung trug ebenfalls mit einer Förderung zum Gelingen des Festivals bei.



Interkulturelle Woche

An den bundesweiten Aktivitäten der Interkulturellen Woche beteiligt sich die Landeshauptstadt Potsdam seit 1991. Die Interkulturelle Woche ist eine Initiative der Deutschen Bischofskonferenz, der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Griechisch-Orthodoxen Metropolie. Sie wird von Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden, Kommunen, Migrantenbeiräten, Integrationsbeauftragten, Vereinen und Initiativgruppen unterstützt und mitgetragen.

© Stefanie Ladewig



Wie leben Kinder in Togo? - eine Veranstaltung des Vereins Bildung für Balanka e. V.

Das Programm für Potsdam wird durch das Büro für Chancengleichheit und Vielfalt koordiniert, gestaltet und veröffentlicht. So werden Jahr für Jahr wichtige Impulse über Migration und Integration in die öffentliche Diskussion eingebracht. Ein Ziel der Aktionswoche ist das Eintreten für bessere politische und rechtliche Rahmenbedingungen des Zusammenlebens von Deutschen und Zugewanderten.

Sowohl im September 2015 als auch im darauf folgenden Jahr stand die Interkulturelle Woche unter dem bundesweiten Motto „Vielfalt. Das Beste gegen Eintafel“. Jeweils über zwanzig verschiedene Institutionen, Organisationen und Vereine haben zu zahlreichen, sehr vielfältigen Veranstaltungen eingeladen.

Im Rahmen der Interkulturellen Woche findet seit 2005 die Verleihung des Integrationspreises der Landeshauptstadt Potsdam statt. So wird das besondere Engagement von Einzelpersonen, Gruppen, Firmen und Einrichtungen in der Integrationsarbeit gewürdigt und gefördert. Vorbereitet wird die Ausschreibung in einer Arbeitsgruppe unter



© Bernd Fülle

B Veranstaltungen 2015 und 2016

der Leitung der Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung. Der Migrantenbeirat begleitet organisatorisch den Ausschreibungsprozess. Die Jury wird jährlich neu berufen.

Die Beauftragte für Migration und Integration wirkt aktiv in der Vorbereitungsgruppe zur Ausschreibung und Verleihung mit. 2016 war sie außerdem Mitglied der Jury.

Den mit 500 Euro dotierten ersten Platz gewann 2015 die Flüchtlingsmannschaft „Welcome United 03“ des Fußballvereins Babelsberg 03, Preisträger im Jahr 2016 war das Hans Otto Theater mit dem Projekt „Refugees Club: A Place to Live“.

Im Rahmen der Interkulturellen Woche im September 2016 fand außerdem unter dem Titel „Potsdam. Eine Stadt, die Wissen schafft!“ die Auftaktveranstaltung des Netzwerks „Potsdamer Willkommensregion für internationale Studierende und akademische Flüchtlinge“ statt. Das Netzwerk lud ein zu einem Begegnungsnachmittag mit musikalischem Auftakt, Impulsvorträgen, Gesprächsrunden und Erfahrungsberichten internationaler Wissenschaftler und Studierender über ihre Begegnungen mit der Stadt.

Interkulturelle Woche 2016



© Büro für Chancengleichheit und Vielfalt

„Anders als du glaubst“

Vom 18. Oktober bis 30. November 2016 war in der Stadt- und Landesbibliothek Potsdam, im Bildungsforum die Wanderausstellung „Weltreligionen – Weltfrieden – Weltethos“ zu sehen. Im gleichen Zeitraum fand stadtweit ein umfassendes Begleitprogramm unter dem Titel „Anders als du glaubst“ statt, welches von der Landeshauptstadt mit 8.000 Euro gefördert wurde.

Anders als ■■■ **du glaubst**

Kulturprogramm entwickelt. Die Kooperationspartner schlossen sich über die Ausstellungszeit hinaus als Netzwerk zusammen, um auch weiterhin unter dem Label „Anders als du glaubst“ Veranstaltungen zu organisieren.

25 Akteure, darunter Kirchen und Glaubensgemeinschaften, Bildungsträger, Kulturinstitutionen sowie die Beauftragte für Migration und Integration haben unter der organisatorischen Federführung des Vereins „Neues Potsdamer Toleranzedikt“ dieses umfassende Informations-, Diskussions- und

B Veranstaltungen 2015 und 2016

2. Aktionstage

Demonstration gegen Haushaltstricks auf Kosten der Teilhabe behinderter Menschen

Unter dem Motto „Versprochen ist Versprochen ...“ demonstrierten am 18. März 2015 Menschen mit und ohne Behinderung vor dem Bundeskanzleramt in Berlin gegen die Verlagerung von Haushaltsmitteln aus dem Sozialbereich heraus.

Aus Potsdam nahmen Mitglieder des Beirates für Menschen mit Behinderung, der Beauftragte für Menschen mit Behinderung, Christoph Richter, sowie weitere engagierte Potsdamer Bürgerinnen und Bürger an der Demonstration teil.



© Büro für Chancengleichheit und Vielfalt

Aktionstag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung

Das Büro für Chancengleichheit und Vielfalt sowie zahlreiche Potsdamer Behindertenverbände und -vereine organisieren jährlich das Potsdamer Straßenfest vor dem Brandenburger Tor. Dies wird unterstützt von „Aktion Mensch“, die Schirmherrschaft oblag auch in den Jahren 2015 und 2016 Oberbürgermeister Jann Jakobs.

Ziel des Festes ist die Schaffung einer Möglichkeit der Begegnung und des Austauschs zwischen Menschen mit und ohne Behinderung. Dabei sollen auf die Situation von Menschen mit Behinderung aufmerksam gemacht und ihre Gleichstellung in der Gesellschaft eingefordert werden.

© Büro für Chancengleichheit und Vielfalt



Während das 13. Straßenfest am 5. Mai 2015 dementsprechend unter dem Motto „Begegnung“ stand, ging es beim 14. Straßenfest am 3. Mai 2016 thematisch um „Barrierefreiheit – Einfach für alle“. Für Stimmung sorgten jeweils unter anderem die Trommelgruppe des Berufsbildungswerks (BBW), der Gebärdenchor der Wilhelm-von-Türk-Schule, die BBW-Band „Basement Project“, die Tanzgruppe PANGEA e.V. und die integrative Combo RABATZ der Theodor-Fliedner-Stiftung. Rund um die Bühne wartete ein umfangreiches Informations- und Mitmachprogramm auf die Besucherinnen und Besucher.

Straßenfest 2016

B Veranstaltungen 2015 und 2016

Rennschlauchboot verleiht Flügel

Am 27. und 28. Mai 2015 fand zum 5. Mal das Rennboot-Event von Wings for handicapped e.V. in Potsdam statt. Der Verein wurde im Jahr 2000 von Jörg Leonhardt gegründet, der mittlerweile bis zu 3.000 Mal im Jahr seinen Rollstuhl gegen den Fahrersitz der „Hoppetosse“ tauscht und mit je einem Dutzend Kinder an Bord über die Gewässer der Republik prescht. So verließ die „Hoppetosse“ an insgesamt zwei Tagen im 30-Minuten-Takt auch den Hafen der Marina am Tiefen See.



© glamour-photos.de

Die Aktion möchte Kindern und Jugendlichen mit Behinderung ein unvergessliches Erlebnis bieten. Behinderungen bedeuten oft, ein eingeschränktes Leben zu führen und obwohl das nicht bedeutet, dass es weniger lebenswert ist,

sind besondere Erlebnisse, die den Körper fordern, natürlich selten. Umso schöner, wenn ab und zu Kinderträume von Abenteuer und Geschwindigkeit erfüllt werden können.

„Ich begrüße Aktivitäten wie diese, da hierbei der Mensch und nicht seine Behinderung im Vordergrund steht“, sagte Christoph Richter in seinem Grußwort, es *„fördert nicht nur den Mut und das Selbstbewusstsein der Kinder und Jugendlichen, es macht vor allem Riesenspaß“.*

Gemeinsamer Lauf für Inklusion, Toleranz und Vielfalt

In Anlehnung an die olympischen und paralympischen Werte machte das Netzwerk Inklusion Deutschland e.V. mit einem Fackellauf durch ganz Deutschland darauf aufmerksam, dass Inklusion alle angeht und dass jeder Mensch in seinem Lebensumfeld dazu beitragen kann, dass Menschen mit Behinderung selbstbestimmt und gleichberechtigt in unserer Gesellschaft leben können.

Nachdem bereits in allen Landeshauptstädten Läufe und Aktionen zum Thema stattgefunden hatten, ging die Fackel am 11. Juli 2015 auf die letzte Etappe von Potsdam nach Berlin, bevor sie zum Papst nach Rom und danach um die ganze Welt reiste. In Potsdam wurde die Aktion von der Lebenshilfe Brandenburg-Potsdam e. V. und dem Büro für Chancengleichheit und Vielfalt unterstützt.



© Büro für Chancengleichheit und Vielfalt

Insgesamt starteten ca. 40 Läuferinnen und Läufer mit und ohne Beeinträchtigung vor dem Brandenburger Landtag zur Glienicker Brücke. Von dort ging es weiter Richtung Potsdamer Platz, wo der Lauf mit einem bunten Fest und Programm endete. Begleitet wurde der Lauf durch Musik, um die Anwohnerinnen und Anwohner auf die Aktion aufmerksam zu machen.

B Veranstaltungen 2015 und 2016

Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen

Seit 1981 wird weltweit am 25. November durch Aktionen, Veranstaltungen und Tagungen von Frauenprojekten und Initiativen aber auch von staatlicher Seite zur Beendigung von Gewalt gegen Frauen und Kinder aufgerufen. Die Gleichstellungsbeauftragte der Landeshauptstadt Potsdam, Martina Trauth-Koschnick, macht alljährlich auf den, von den Vereinten Nationen deklarierten, Internationalen Tag zur Beseitigung jeder Form von Gewalt gegen Frauen aufmerksam.



© Christine Homann

Das Schwerpunktthema im Jahr 2016 „Tür auf!“ war verknüpft mit der Forderung, für alle Frauen, die in Deutschland von Gewalt betroffen sind, Schutzräume zur Verfügung zu stellen – egal, welcher Herkunft sie sind und welchen Status sie haben.

Martina Trauth-Koschnick wies auf die Lage von Frauenhäusern hin: *„Eine gesicherte und bundesweit einheitliche Finanzierung gibt es nicht, sondern nur einen Flickenteppich aus Zuständigkeiten. Dabei hat sich Deutschland nicht nur in seinem Grundgesetz, sondern auch in menschenrechtlichen Abkommen dazu verpflichtet, Frauen vor Gewalt zu schützen.“*

Gemeinsam mit den Mitgliedern des städtischen Arbeitskreises Opferschutz und engagierten Potsdamerinnen hisste die Gleichstellungsbeauftragte die TERRES DES FEMMES-Fahne „Frei leben ohne Gewalt“ vor dem Potsdamer Stadthaus.

Globales Problem - globaler Tanz

„One Billion Rising“ („eine Milliarde erheben sich“) ist die größte Bewegung der Welt – und sie zeigt, wie mächtig Frauen sind, wenn sie sich zusammenschließen. Die Kampagne macht auf die Gewalt gegen Frauen und Mädchen in aller Welt aufmerksam und hat zum Ziel, sie zu beenden.

Die globale Aktion wurde 2013 von der amerikanischen Aktivistin Eve Ensler ins Leben gerufen, die selbst als Kind von ihrem Vater vergewaltigt wurde. Damit ist sie bekanntlich nicht allein: Jede dritte Frau wird in ihrem Leben geschlagen, vergewaltigt, missbraucht - das sind rund eine Milliarde („One Billion“) Frauen und Mädchen.

Am 14. Februar 2013 tanzten Menschen rund um den Globus zum ersten Mal gegen die Ge-

© Kirsty Kelly



B Veranstaltungen 2015 und 2016

walt an. Tausende Flashmobs in hunderten Ländern finden seitdem jedes Jahr am Valentinstag statt - um zu zeigen, wie viel eine Milliarde Frauen sind, und um ein Licht auf die Misshandlungen zu werfen, die so oft hinter verschlossenen Türen stattfinden. Die globale Ausrichtung der Aktion zeigt, dass Gewalt gegen Frauen ein weltweites Problem ist – unabhängig von Nationalität, sozialer Schicht und Religion.

Die Gleichstellungsbeauftragte forderte alle Potsdamerinnen und Potsdamer auf, mit zu machen und am 14. Februar 2016 vor dem Brandenburger Tor zu tanzen und so ein Zeichen gegen Gewalt an Frauen und Mädchen in der ganzen Welt zu setzen. In ihrem Grußwort sagte sie: *„Heute zeigen wir unsere kollektive Stärke und unsere globale Solidarität über alle Grenzen hinweg, um Gewalt gegen Frauen und Mädchen nicht als gegeben hinnehmen zu müssen“.*



© Büro für Chancengleichheit und Vielfalt

„One Billion Rising“, 2016

3. Fachtagungen und Fachforen

Mach mit! - Ideenwerkstatt Chancengleichheit



*Macht mit! -
Ideenwerkstatt Chancengleichheit, 2015*

© Simone Ahrend

ideenwerkstatt

CHANCENGLEICHHEIT

Ziel der Landeshauptstadt Potsdam ist es, Frauen und Männer in allen Lebensbereichen chancengleich zu behandeln, deren unterschiedliche Bedürfnisse wahrzunehmen und ihnen gerecht zu werden.

Die Gleichstellungsbeauftragte der Landeshauptstadt Potsdam, Martina Trauth-Koschnick, lud am 10. März 2015 Frauen und Männer der Landeshauptstadt Potsdam zum Dialog ein, um der Frage nachzugehen, in welchen Handlungsfeldern Potsdam mehr Chancengleichheit braucht und um gemeinsam Ideen, Visionen und Perspektiven zu entwickeln.

Die Teilnehmenden des Workshops vertraten verschiedene lokale Vereine und Initiativen, u. a. Manne e.V., Behindertenbeirat LHP, Mädchentreff Zimticken und Katte e.V. Handlungsbedarfe sahen die Teilnehmenden besonders in den Bereichen inklusiver Bildungs- und Berufsangebote, bürgerlichen Engagements und direkter Demokratie sowie bei der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund. Die Ergebnisse des Workshops wurden in die Leitbilddiskussion der Stadtverwaltung eingebracht.

B Veranstaltungen 2015 und 2016

1. Potsdamer Frauentalk: „Politik braucht Frauen!“

Die Gleichstellungsbeauftragte will für die nächste Kommunalwahl im Jahr 2018 für mehr Frauen in der Stadtverordnetenversammlung werben: *„Nur 25 Prozent der Mandate in den Kommunalparlamenten landesweit sind mit Frauen besetzt. Auch in der Landeshauptstadt Potsdam sind von 57 Stadtverordneten nur 18 Frauen. Die Frage ist aber: Wie schaffen wir das?“*

Einladung
zum 1. Potsdamer Frauentalk

Die Gleichstellungsbeauftragte der Landeshauptstadt Potsdam,
Martina Trauth-Koschnick lädt ein

**„Politik braucht Frauen!
Parität in der Politik als Ziel“**

Mit einem fachlichen Input von Frau Prof. Dr. Silke Laskowski,
Professorin für Öffentliches Recht, Völkerrecht und
Europarecht an der Universität Kassel.

Dienstag, 4. Oktober
17-19 Uhr
Wissenschaftsetage
im Bildungsforum
Am Kanal 47
14467 Potsdam
Raum Schwarzschild
5-01

Am 4. Oktober 2015 lud Martina Trauth-Koschnick unter dem Slogan „Politik braucht Frauen“ zum 1. Potsdamer Frauentalk ein und knüpfte damit thematisch an die vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und der EAF Berlin veranstalteten Paritäts-Foren auf Landes- und Bundesebene an. Eingeladen waren Vertreterinnen aus Politik, Wissenschaft, Kultur, Frauenorganisationen, Expertinnen sowie alle Frauen, die an einem Austausch zum Thema interessiert sind.

Martina Trauth-Koschnick sagte in ihrer Begrüßung: *„Der Frauenanteil im Stadtparlament entspricht nicht dem Frauenanteil in der Bevölkerung. Gerade eine moderne Großstadt braucht Vielfalt, die sich nicht nur in den Straßen, sondern auch in den Stadtparlamenten widerspiegeln sollte. Politik ist glaubwürdiger, wenn sie von Frauen und Männern unterschiedlicher Alters- und Berufsgruppen sowie Lebenssituationen gemacht wird.“*

Die Kasseler Professorin für Völker- und Europarecht, Dr. Silke Laskowski, sprach in einem Fachvortrag darüber, inwieweit es durch ein novelliertes Wahlgesetz möglich ist, dass Frauen wirklich gleichberechtigte Chancen erhalten, kommunale Entscheidungsmandate zu erlangen. Als beispielhaft gilt das französische Paritätsgesetz. Dieses Gesetz legt fest, dass bei allen Listenwahlen 50 Prozent Frauen aufzustellen sind und die Kandidatinnen und Kandidaten auf allen Wahllisten strikt abwechselnd gereiht sein müssen. Zusätzlich müssen in den Wahlkreisen ebenfalls 50 Prozent Frauen als Direktkandidatinnen aufgestellt werden. Das Gesetz führte zu einer sprunghaften Erhöhung des Frauenanteils in den Kommunalparlamenten. Auf den Vortrag folgten Austausch und Diskussion.

Online-Diskussion zum Thema „Frauen und Politik“

Im Zuge des Frauentalks hatte die Gleichstellungsbeauftragte den Austausch zu „Frauen und Politik: Visionen für Potsdam“ im Rahmen einer öffentlichen Online-Diskussion auf der Plattform www.Civocracy.org initiiert. Civocracy ist eine Online-Plattform, die Diskussionen mit und von unterschiedlichen Akteuren und Akteurinnen aus Politik und Gesellschaft ermöglicht. Sie bietet die Möglichkeit, sich zu informieren, mit anderen auszutauschen und gemeinsam Lösungen zu finden.

„Die Debatte auf Civocracy ist eine gute Gelegenheit, ein Netzwerk von engagierten Frauen hier in Potsdam aufzubauen, aber auch Input von Nicht-Potsdamern und Nicht-Potsdamerinnen zu sammeln“, so Trauth-Koschnick. Diskutiert wurde die Frage: *„Wie kann es gelingen, mehr Frauen in die kommunale Politik zu bringen?“*

B Veranstaltungen 2015 und 2016

Forum für Menschen mit Behinderung

Seit 1992 besteht das Forum für Menschen mit Behinderung als öffentliche Veranstaltung, zu der die Beauftragte für Menschen mit Behinderung jährlich Menschen mit Behinderung sowie deren Angehörige und alle Interessierten sowie Vertreter aus Politik, Verwaltung und anderen öffentlichen Bereichen einlädt.

So wurde in den vergangenen Jahren immer wieder die Möglichkeit angeboten, sich über Themen wie Krankenhausaufenthalte von Menschen mit Behinderung, die Einführung der behindertengerechten Combino-Straßenbahn, den Lokalen Teilhabeplan für die Landeshauptstadt Potsdam und vieles mehr zu informieren. Für das 42. Forum für Menschen mit Behinderung am 15. Oktober 2015 legten die Interessierten den Schwerpunkt auf das Thema „Das Persönliche Budget – Möglichkeiten und Hindernisse“. Noch vor der Veranstaltung wurden Fragen, Kritik und Anregungen der Anwesenden zum Thema gesammelt und zu Beginn der Veranstaltung präsentiert. Anschließend gab es Impulsvorträge von der Arbeitsgemeinschaft für selbstbestimmtes Leben schwerstbehinderter Menschen e.V. aus Berlin und der Verwaltung Potsdams. Darauf aufbauend tauschten sich die Beteiligten über die Gestaltungsmöglichkeiten, Wirkungen und Hindernisse des Persönlichen Budgets aus.



© Büro für Chancengleichheit und Vielfalt

Im Mai 2016 werteten langjährige Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Forums, Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung, der Beauftragte für Menschen mit Behinderung sowie Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft die bisherige Form des Forums aus. Sie kamen zu der Auffassung, dass ein verbindlicherer, regelmäßigerer und modernerer Ansatz notwendig ist, um ein Format zu schaffen, das Bürgerinnen und Bürgern mit Behinderung einen niedrighwelligen Zugang zu Prozessen der politischen Partizipation anbietet.

Ziel des 43. Forums am 1. November 2016 war es infolgedessen, anhand des Schwerpunktthemas „Miteinander reden – Inklusive Bürgerbeteiligung in der Landeshauptstadt Potsdam“, ein „neues“ Format für das Forum für Menschen mit Behinderung zu erarbeiten. Der diskutierte Vorschlag sieht vor, dass künftig einmal pro Jahr zur Jahresmitte eine ganztägige Konferenz zu behindertenpolitischen Fragen in Potsdam abzuhalten ist. Die Konferenz dient der Bearbeitung ausgewählter Themen und dem allgemeinen Austausch sowie der Auseinandersetzung mit dem Lokalen Teilhabeplan. Die Konferenz wird flankiert von jeweils einer forumsartigen Veranstaltung im Frühling und im Herbst. Diese dienen zur Vorbereitung und Auswertung der Konferenz sowie der Bearbeitung aktueller Fragestellungen.

„Neue Väter hat das Land“ – Veranstaltung zum Weltmännertag

Am 3. November 2015 luden das Büro für Chancengleichheit und Vielfalt, die Einrichtung „PerspektivWechsel“, der Verein Manne e. V. Potsdam sowie die Organisation „Wechselmodell Konfliktlösung“ aus Potsdam zur Veranstaltung „Neue Väter hat das Land“ in den Treffpunkt Freizeit ein. Anlass war der Männer-Weltgesundheitstag. Dieser Aktionstag soll vor allem die

B Veranstaltungen 2015 und 2016

Männergesundheit stärker ins Bewusstsein rücken und für eine rechtzeitige Vorsorge und Achtung der eigenen gesundheitlichen Verfassung der Männer sensibilisieren.

Im Fokus der Veranstaltung standen insbesondere Väter, die mehr Zeit mit ihrer Familie verbringen möchten und eine Möglichkeit dafür in der Vater-Elternzeit sehen. In der Veranstaltung wurde offen darüber diskutiert, welches Selbstverständnis in der jetzigen Väter-Generation vorliegt und welche Vorstellungen und Wünsche diese in Bezug auf Familiengründung, Erwerbs- und Familienarbeit haben. An verschiedenen moderierten Thementischen, wie zum Beispiel „Elternzeit als Chance – Väter lernen, sich bewusst Zeit zu nehmen“ konnten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer austauschen.



Die Initiatoren der Veranstaltung hatten eine klare These: „Väter, die mehr und bewusster Zeit mit ihren Kindern verbringen, die Elternzeit nutzen, die die Chancen kindlicher Perspektiven und Fragen als interessante Bereicherung wahrnehmen, sind auch im Job deutlich ausgeglichener, gehen besser mit Stress um, sind fitter und flexibler.“

Fachtag des Netzwerks Arbeit Inklusiv

Arbeit und Beschäftigung sind für eine gesellschaftliche und soziale Teilhabe von Menschen mit Behinderung unerlässlich. Die Möglichkeiten für Menschen mit Behinderungen am Arbeitsleben in der Landeshauptstadt Potsdam teilzunehmen, sind allerdings begrenzt – sowohl in Bezug auf die Zahl der Arbeitsplätze als auch in Bezug auf die Wahlmöglichkeiten.

Am 15. November 2016 lud das Netzwerk Arbeit Inklusiv zu einem Fachtag zum Thema „Potsdam auf dem Weg zu einem inklusiven Arbeitsmarkt“ ein. Dort ging es um die Situation der Teilhabemöglichkeiten am Arbeitsleben für Menschen mit Behinderung in Potsdam und um die Frage nach der Gestaltung eines inklusiven Arbeitsmarktes.

Jugendinnovationspreis Blickwechsel

Einrichtungen, die mit Kindern und Jugendlichen in Potsdam arbeiten, konnten sich 2016 erstmals für den neu ausgerufenen Jugendinnovationspreis „Blickwechsel“ bewerben, für den die Gleichstellungsbeauftragte Patin war. Ausgeschrieben wurde ein Preisgeld von 500 €, das die Gleichstellungsbeauftragte und der Kinder- und Jugendreisen-Veranstalter KI JU Reisen stifteten.

Der Jugendinnovationspreis „Blickwechsel“ unterstützt damit engagierte Projekte und Ein-

© Annemarie Stecher



B Veranstaltungen 2015 und 2016

richtungen in Potsdam, die sich für den Kompetenzerwerb von Kindern und Jugendlichen in ihrer Stadt einsetzen. 2016 stand mit dem Jahresschwerpunkt „Geschlechtergerechtigkeit“ das Thema Gender im Fokus (vgl. www.blickwechsel-potsdam.de). Die Leitlinien für die geschlechtsspezifische Arbeit mit Mädchen und jungen Frauen sowie mit Jungen und jungen Männern der Stadt Potsdam boten hierfür die fachliche Grundlage. Mit der Schwerpunktsetzung wurden Projekte zur Teilnahme motiviert, die gezielt die geschlechtergerechte Teilhabe von Kindern und Jugendlichen in Projekten fördern.

Workshop „Geschlechtergerechte Erziehung“

2016 hat die Gleichstellungsbeauftragte an der Fachschule für Sozialwesen Hermannswerder zwei Workshops zum Thema geschlechtergerechte Erziehung in Kitas gegeben, mit dem Ziel angehende Erzieherinnen und Erzieher für das Thema zu sensibilisieren und sie anzuregen, eigene Rollenmuster zu überprüfen.

„Erst langsam wächst das Verständnis, dass es keine geschlechtsneutrale Wirklichkeit gibt. Frauen und Männer, Mädchen und Jungen befinden sich in unterschiedlichen Lebenslagen, und nur wer für diese einen geschärften Blick entwickelt, wird vermeiden, dass scheinbar neutrale Maßnahmen faktisch zu Benachteiligungen führen“, sagte die Gleichstellungsbeauftragte.

Diskussionsteilnahme

Die Beauftragte für Migration und Integration nahm 2015/2016 an einer Reihe von weiteren Fachtagen und Diskussionsveranstaltungen teil und informierte in den verschiedenen Zusammenhängen über die Integrationspolitik der Landeshauptstadt Potsdam.

C Veröffentlichungen

Wegweiser „Potsdam barrierefrei“

Selbstbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe für Menschen mit Behinderung zu gewährleisten, ist eine große Herausforderung, der sich in der Landeshauptstadt Potsdam viele Initiativen und Institutionen, nicht zuletzt auch die Stadtverwaltung stellt. Für die unterschiedlichen Lebensbereiche gibt es in der Landeshauptstadt Potsdam folglich inzwischen ein umfangreiches Angebot verschiedener Hilfen und Möglichkeiten.

Um den Betroffenen, Angehörigen und weiteren Interessierten einen Überblick über das Angebot zu verschaffen, hat das Büro für Chancengleichheit und Vielfalt der Landeshauptstadt Potsdam 2015 erstmalig den Wegweiser für Menschen mit Behinderung „Potsdam barrierefrei“ erstellt.

„Potsdam barrierefrei“ informiert über diverse Beratungsangebote, soziale Leistungen, Wohnformen, Fördermöglichkeiten, Freizeitangebote und vieles mehr aus den Bereichen Beruf, Gesundheit, Mobilität, Pflege und Kultur. Auch können Hinweise und Informationen zu Behörden, Organisationen, Vereinen und andere wichtige Kontaktadressen eingesehen werden. Anhand von Symbolen wird die Barrierefreiheit der jeweiligen Einrichtung dargestellt.

„All diese Möglichkeiten und Beratungs-Unterstützungsleistungen können nur dann wirkungsvoll greifen, wenn sie den Betroffenen oder ihren Angehörigen auch bekannt sind. Der Wegweiser soll daher als Grundlage dienen, um notwendige Informationen zu geben und die richtige Ansprechperson aufzuzeigen“, so der Beauftragte für Menschen mit Behinderung, Christoph Richter.

„Migrantinnen und Migranten in unserer Kommune“

Die Landesarbeitsgemeinschaft der Ausländer- und Integrationsbeauftragten im Land Brandenburg veröffentlichte 2014 die Broschüre „Migrantinnen und Migranten in unserer Kommune“ als Orientierungshilfe für Angebote, Zuständigkeiten und Handlungsempfehlungen zur Gestaltung des Zusammenlebens mit Flüchtlingen, Migrantinnen und Migranten. Im Januar 2016 wurde die aktualisierte Fassung herausgegeben, an deren Erarbeitung auch die Beauftragte für Migration und Integration, Magdolna Grasnack, beteiligt war.

„Internationale Impulse für Potsdam“

Am 27. September 2016 hat die Beauftragte für Migration und Integration gemeinsam mit dem Historiker Prof. Dr. Ulrich Schmelz die Broschüre „Internationale Impulse für Potsdam“ vorgestellt. Die aktualisierte und erweiterte Neuauflage der Broschüre „Potsdam ohne Ausländer?“ aus dem Jahr 1993 informiert über den Einfluss von Zugewanderten auf die Entwicklung Potsdams. Auf einhundert Seiten beschreiben die Autorinnen und Autoren, welche Spuren von Zugewanderten aus den vergangenen Jahrhunderten in der Landeshauptstadt Potsdam zu entdecken sind.

„Mit Hilfe der Broschüre können die Vergangenheit und Gegenwart Potsdams aus einem neuen Blickwinkel entdeckt und verstanden werden“, so Magdolna Grasnack, *„denn Potsdam profitiert heute wie damals von der Vielfältigkeit der Einwohnerinnen und Einwohner.“*

D Netzwerken für Chancengleichheit

1. Arbeitskreise

Arbeitskreis Opferschutz

Der Arbeitskreis (AK) Opferschutz ist ein Zusammenschluss von Vereinen, Organisationen und Einrichtungen, die Kontakt mit Opfern haben, wie zum Beispiel die Opferhilfe Brandenburg, das Potsdamer Frauenhaus, die Bundes- und Regionalpolizei sowie der Opferhilfeverein „Weißer Ring“. Der Arbeitskreis hat das Ziel, die Situation von Opfern nach einer Straftat/Gewalt zu verbessern und die Zusammenarbeit untereinander zu fördern. Unter der Federführung der Gleichstellungsbeauftragten trifft sich der Arbeitskreis mehrmals jährlich.

Zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen am 25. November 2015 erarbeitete der Arbeitskreis Opferschutz einen Flyer zum Thema Häusliche Gewalt, um darüber zu informieren und die Hilfsangebote für Betroffene von häuslicher Gewalt in Potsdam für möglichst viele Menschen sichtbar zu machen.

Der Flyer ist in mehreren Sprachen verfügbar. 2016 besuchte die Gleichstellungsbeauftragte zusammen mit den Mitgliedern des AK Opferschutz die unterschiedlichen Gemeinschaftsunterkünfte für Geflüchtete, um den Flyer vorzustellen und auf Hilfsangebote in der Landeshauptstadt hinzuweisen.

Die Beauftragte für Migration und Integration ist auch Mitglied in diesem AK und wirkt mit.



Flyer „Häusliche Gewalt“, 2015

Arbeitskreis „Alleinerziehend in Potsdam“

Familienformen wandeln sich: Ein-Eltern-Familien sind alltägliche Realität und die Zahl alleinerziehender Frauen und Männer nimmt weiter zu. In der Landeshauptstadt Potsdam leben über 5.000 Alleinerziehende. Die meisten davon sind Frauen.

Wer unter den gegebenen Bedingungen Kindererziehung, Haushaltsführung und die Sicherung des Lebensunterhalts gleichzeitig und allein managen muss, steht unter einer großen ökonomischen und sozialen Belastung.

Die Gleichstellungsbeauftragte lädt zusammen mit SHIA e. V. - den Selbsthilfegruppen Alleinerziehender zweimal im Jahr zum Arbeitskreis „Alleinerziehend in Potsdam“ ein, um die Auseinandersetzung mit der Thematik zu verstärken und eine bessere Unterstützung für Alleinerziehende in Potsdam möglich zu machen.

2016 stand das Thema Teilzeitausbildung auf der Agenda. „Theoretisch besteht schon seit zehn Jahren die Möglichkeit einer Teilzeitausbildung für junge Eltern“, so Martina Trauth-Koschnick, aber nur 0,4 Prozent der Betroffenen nehmen diese bisher wahr. „Viele Alleinerziehende wissen von dieser Möglichkeit gar nichts“.

Im Arbeitskreis vertreten sind u. a. die Agentur für Arbeit und das Jobcenter, pro familia, das AWO-Familienhaus, die Perspektive Wiedereinstieg, die Servicestelle Arbeitswelt und Elternzeit, die Fachhochschule und die Universität Potsdam sowie die EFJ-Schwangerenberatungsstelle.

D Netzwerken für Chancengleichheit

2. Beirat für Menschen mit Behinderung

Der Beirat für Menschen mit Behinderung ist ein offizielles Gremium der Landeshauptstadt Potsdam; alle Mitglieder sind ehrenamtlich tätig. Schwerpunkt der Arbeit des Beirates für Menschen mit Behinderung ist die Interessenvertretung der Bürgerinnen und Bürger mit Behinderung in der Landeshauptstadt Potsdam sowie die aktive Mitwirkung des Beirates in den Ausschüssen der Stadtverordnetenversammlung sowie die Beratung der Verwaltung zu behinderungsrelevanten Themen. Der Beauftragte für Menschen mit Behinderung, Christoph Richter arbeitet eng und kontinuierlich mit dem Beirat zusammen.

3. Der Migrantenbeirat

Der Migrantenbeirat ist ein beratendes Gremium der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse. Die neun ehrenamtlichen Mitglieder des Migrantenbeirates vertreten dort die Interessen der Potsdamer Bürgerinnen und Bürger mit ausländischem Pass. Die Arbeit des Migrantenbeirates fördert einen gelingenden Integrationsprozess in der Landeshauptstadt Potsdam. Der Migrantenbeirat hat mit der Initiierung der jährlichen Auslobung des Integrationspreises der Landeshauptstadt Potsdam erreicht, dass gute Beispiele der Potsdamer Integrationsarbeit Jahr für Jahr eine öffentliche Aufmerksamkeit bekommen. Die Beauftragte für Migration und Integration ist mit dem Potsdamer Migrantenbeirat intensiv vernetzt, tauscht Informationen mit ihm aus und organisiert gemeinsame Veranstaltungen.



*Migrantenbeirat der
Landeshauptstadt Potsdam*

© Michael Lüder

4. Weitere Gremien

Beirat der Brandenburgischen Frauenwoche



Die Gleichstellungsbeauftragte war in den Jahren 2015/2016 von der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten delegiertes Mitglied im Beirat der Brandenburgischen Frauenwoche. In den monatlichen Treffen des Beirats wurde das jährliche landesweite Motto der Brandenburgischen Frauenwoche entwickelt. Weitere Schwerpunkte lagen in der Planung der jährlichen landesweiten Auftaktveranstaltung sowie die Abstimmung der Öffentlichkeitsarbeit.

D Netzwerken für Chancengleichheit

Beirat des Aktionsprogramms „Perspektive Wiedereinstieg Potsdam“

Die Gleichstellungsbeauftragte ist Beiratsmitglied des Modellprojektes „Perspektive Wiedereinstieg“. Ziel des Projektes ist es, Frauen nach einer familienbedingten Unterbrechung der Berufstätigkeit beim Wiedereinstieg ins Arbeitsleben zu unterstützen. Die Herausforderungen liegen in der Vereinbarkeit von Beruf, Familie und wahrgenommener Pflegeverantwortung.

Netzwerk Arbeit Inklusiv

Das Netzwerk ist ein Projekt des AWO-Bezirksverbandes Potsdam e. V. und wird bis Dezember 2018 von der „Aktion Mensch“ gefördert. Es will die Zielstellungen des Teilhabeplans aufgreifen und konkrete Maßnahmen umsetzen, um die Teilhabe am Arbeitsleben für Menschen mit Behinderungen in der Landeshauptstadt Potsdam zu verbessern. Durch die Mitwirkung des Beauftragten für Menschen mit Behinderung wird eine enge Zusammenarbeit mit der Potsdamer Stadtverwaltung gewährleistet.

Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit

Die Beauftragte für Migration und Integration war in Vertretung der Landesarbeitsgemeinschaft der Ausländer- und Integrationsbeauftragten des Landes Brandenburg Mitglied im Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Das Aktionsbündnis ist ein Netzwerk von landesweit tätigen Organisationen, lokalen Bündnissen und Persönlichkeiten des Landes Brandenburg, die gemeinsam für eine zivilgesellschaftliche Mobilisierung gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit eintreten. Gegründet wurde das Aktionsbündnis 1997 von 29 Organisationen auf Grund einer bedrohlichen Entwicklung rechtsextremer Strukturen und Gewalttaten in Brandenburg. Inzwischen hat es 70 Mitglieder aus vielen gesellschaftlichen Bereichen und aus allen Gebieten Brandenburgs.

Bündnis „Potsdam bekennt Farbe!“

Die Beauftragte für Migration und Integration ist Mitglied im Bündnis „Potsdam bekennt Farbe!“ und nahm an den Veranstaltungen des Bündnisses teil. Das Bündnis ist ein gesamtgesellschaftliches Gremium, das durch seine Arbeit für eine weltoffene und tolerante Landeshauptstadt eintritt. Die Koordinierung der Arbeit des Bündnisses erfolgt durch die Servicestelle Tolerantes und Sicheres Potsdam (ToSiP).

Potsdamer Fachgesprächskreis für Migration und Integration

Unter der Federführung der Beauftragten für Migration und Integration fanden 2015 und 2016 regelmäßig Fachgesprächskreise statt. Jeweiliges Ziel ist es, über das Geschehen im Migrationsbereich Informationen auszutauschen beziehungsweise bestehende Problemfelder in der Integrationsarbeit zu benennen und an deren Lösung gemeinsam zu arbeiten. Der Netzwerkplattform gehören unterschiedliche Einrichtungen an, die mit Flüchtlingen und Menschen mit Migrationshintergrund arbeiten, u. a. Vertreterinnen und Vertreter von Beratungsstellen, Vereinen, der Verwaltung, von Sprachkurs- und Projektträgern und des Migrantenbeirates.

D Netzwerken für Chancengleichheit

Netzwerk Potsdamer Integrationskursträger

Die acht in Potsdam zugelassenen Integrationskursträger kommen regelmäßig zu Treffen zusammen, an denen auch Vertreterinnen und Vertreter des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, des Potsdamer Jobcenters sowie der Beauftragten für Migration und Integration teilnehmen. Die Sitzungen dienen dem fachlichen Austausch rund um die Integrationskurse. Die Federführung des Netzwerks liegt bei den Integrationskursträgern.

Netzwerk Potsdamer Willkommensregion für internationale Studierende

Die Bertelsmann Stiftung initiierte ein Projekt zur Unterstützung ausländischer Studierender und fragte im März 2015 die Landeshauptstadt Potsdam und die Universität Potsdam bezüglich der Mitarbeit am Beratungsnetzwerk „Willkommensregion für ausländische Studierende“ an. In der Folgezeit wurde ein Netzwerk gegründet, das auch nach dem Ablauf der Projektzeit (Dezember 2016) als „Wissenschaftsnetzwerk Potsdamer Willkommensregion“ weiterarbeitet - an Themen, die das Willkommen der Vertreterinnen und Vertreter der internationalen Wissenschaft betreffen und die zugehörige Willkommenskultur verbessern.

„Jugend stärken im Quartier“

Die Beauftragte für Integration und Migration ist Mitglied im Begleitausschuss des Projektes „Jugend stärken im Quartier“. Seit Januar 2015 unterstützt die Landeshauptstadt mit dem ESF-Modellprogramm „Jugend stärken im Quartier“ junge Menschen aus den Stadtteilen Stern/Drewitz und Schlaatz bei der schulischen sowie beruflichen Perspektivbildung und Integration.

Ziel des Modellprogramms ist es, neue Hilfsangebote für junge Menschen mit und ohne Migrationshintergrund im Alter von 12 bis 26 Jahren zu schaffen, die einen besonderen Unterstützungsbedarf aufgrund sozialer Benachteiligung oder individueller Beeinträchtigung haben. Der Übergang von der Schule in den Beruf wird so erleichtert. Bis Ende 2016 ist eine Vermittlungsquote in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen beziehungsweise schulische und berufliche Ausbildungen von ca. 61 Prozent erreicht worden.

Das Projekt läuft noch bis Ende 2018.



Frauenzentrum Potsdam

Das Potsdamer Frauenzentrum ist seit langem ein wichtiger Kooperationspartner für die Gleichstellungsbeauftragte. Sei es bei gemeinsamen Projekten zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen, zum One-Billion-Rising-Tag oder in Arbeitsgruppen, wie dem Arbeitskreis Opferschutz. Gemeinsame Planungen rund um die Brandenburgische Frauenwoche gehören ebenfalls dazu.

Gemeinsames Anliegen ist es, Mädchen und Frauen zu fördern, ihre Selbsthilfepotenziale zu stärken und sie in die Lage zu versetzen, für

D Netzwerken für Chancengleichheit

sich persönliche Strategien zu entwickeln, um gesellschaftliche Ungleichheiten zu überwinden. Dieses Anliegen fließt in zahlreichen Projekten immer wieder zusammen.

2016 wurde gemeinsam an einem neuen Konzept für die inhaltliche Arbeit des Frauenzentrums gearbeitet. Ziel war es, die Frauenkulturarbeit unter dem Namen „primadonna“ hin zu mehr frauenpolitischen Themen zu verändern. 2017 wurde es von „primadonna“ in „Frauenzentrum“ umbenannt. Die Organisation von frauenpolitischen Kampagnen und Veranstaltungen sowie eine frauenpolitische Öffentlichkeitsarbeit stehen nun stärker im Vordergrund. Die Stellen der Geschäftsführerin sowie einer Projektmitarbeiterin werden über das Büro für Chancengleichheit und Vielfalt finanziert. Das Frauenzentrum befindet sich am Kulturstandort Schiffbauergasse.

Stadtteilräte

Das Büro für Chancengleichheit und Vielfalt ist beratendes Mitglied in den Stadtteilräten Schlaatz-Waldstadt sowie Stern-Drewitz-Kirchsteigfeld. Die Beauftragte für Migration und Integration und der Beauftragte für Menschen mit Behinderung nahmen 2015/2016 an den Sitzungen der Stadtteilräte teil und unterstützten im Rahmen ihrer Möglichkeiten – z. B. durch Teilnahme an Stadtspaziergängen hinsichtlich Überprüfung der Barrierefreiheit – deren Arbeit.

5. Internationale Vernetzung

Deutsch-israelische Inklusionsbegegnung in Potsdam

Vom 20. Oktober bis zum 5. November 2015 fand in der Begegnungsstätte Schloss Gollwitz erstmalig eine deutsch-israelische Inklusionsbegegnung für junge Menschen mit und ohne Behinderung statt. Zu Beginn des Projektes reisten 15 Jugendliche der Lebenshilfe Brandenburg-Potsdam e.V. in die nordisraelische Stadt Kfar Kaana. Partner vor Ort sind der Verein Ra'anana und die Organisation Hapoel, die wiederum mit einer Wohnwerkstatt für Menschen mit körperlicher und/oder geistiger Behinderung zusammenarbeitet. Finanziert wurde die Begegnung hauptsächlich aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes sowie aus Landesmitteln. Das Büro für Chancengleichheit und Vielfalt der Landeshauptstadt Potsdam

unterstützte dieses Projekt finanziell und organisatorisch.

Das Büro für Chancengleichheit und Vielfalt lud die 30-köpfige Jugendgruppe nach einem Besuch im Rathaus zu einer Führung in Leichter Sprache durch die Neuen Kammern im Park Sanssouci ein.



© Büro für Chancengleichheit und Vielfalt

D Netzwerken für Chancengleichheit

Armenische Delegation

© Büro für Chancengleichheit und Vielfalt



Am 12. Oktober 2016 begrüßte die Gleichstellungsbeauftragte eine Delegation acht armenischer Kommunalpolitikerinnen im Potsdamer Rathaus. Die Armenierinnen, die für eine Woche auf Studienreise in Deutschland waren, informierten sich über die Verwaltungsstruktur im Potsdamer Rathaus und über die Tätigkeit der Gleichstellungsbeauftragten und Leiterin des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt. Die Reise wurde organisiert von der Europäischen Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft (EAF) in Kooperation mit der Deutschen

Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ).

Ziel war das Kennenlernen des deutschen Politiksystems und frauenpolitischer Organisationen sowie der Erfahrungsaustausch mit Kolleginnen in Deutschland.

6. Zusammenarbeit mit Politik und Verwaltung

Mitarbeit in den Landesarbeitsgemeinschaften der kommunalen Beauftragten

Die Beauftragten des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt erörtern regelmäßig auf ihren Arbeitstagen aktuelle Themen der brandenburgischen Integrations-, Behinderten- und Gleichstellungspolitik. Sie nahmen 2015 und 2016 an den Treffen der Landesarbeitsgemeinschaften der kommunalen Beauftragten teil und vertraten dort die Interessen der Landeshauptstadt Potsdam. Die Beauftragte für Migration und Integration arbeitete in Vertretung der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Ausländer- und Integrationsbeauftragten in der Arbeitsgruppe „Bildung“ des Landesintegrationsbeirates mit.

Politische Gremienarbeit

Die drei Beauftragten waren 2015/2016 regelmäßig Gast im Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion und besuchten je nach Bedarf weitere Fachausschüsse. Sie informierten die politischen Gremien über relevante Ergebnisse ihrer Arbeit wie z. B. die Umsetzungsweise Fortschreibung des Lokalen Teilhabeplans, des Integrationskonzeptes oder des Gleichstellungsplans.

Sie ergriffen aber auch Partei für integrations- und inklusionsrelevante politische Vorhaben in der Landeshauptstadt. Die Beauftragten standen den politischen Vertreterinnen und Vertretern zu allen Maßnahmen, Programmen und Initiativen unter integrations-, inklusions- und chancengerechten Aspekten beratend zur Verfügung.

Integrationskonferenz, 2015

© Büro für Chancengleichheit und Vielfalt



D Netzwerken für Chancengleichheit

Die Beauftragte für Migration und Integration arbeitet in der Arbeitsgruppe Asyl der Beigeordneten für Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung sowie in der Arbeitsgruppe Integrationsbudget beim Fachbereich Gesundheit und Soziales mit.

Report

Die Beauftragten halten einmal jährlich einen Report im politischen Jahreskontext vor der Stadtverordnetenversammlung. Die Beauftragten stellen in ihrem Report die Lebenslagen der spezifischen Zielgruppen dar und geben eine Bewertung vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklung.



Leitbild der Landeshauptstadt Potsdam

Das Büro für Chancengleichheit und Vielfalt hat an der Erarbeitung des Leitbildes der Landeshauptstadt Potsdam, das von der Stadtverordnetenversammlung am 14. September 2016 beschlossen wurde, mitgewirkt. Im Leitbild wird in Form von 26 Thesen das Selbstverständnis der Landeshauptstadt Potsdam beschrieben. Die Thesen sind gegliedert in die sechs Kapitel „EINE Stadt für ALLE“, „Die innovative Stadt“, „Die Wissensstadt“, „Die wachsende Stadt“, „Die lebendige Stadt“ und „Die produktive Stadt“. Verwaltung, Politik und die städtischen Unternehmen haben sich mit dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung dazu verpflichtet, das Leitbild als die verbindliche Richtschnur für das künftige Handeln in der Landeshauptstadt anzunehmen.

Ideen- und Beschwerdemanagement der Landeshauptstadt

Der Beauftragte für Menschen mit Behinderung nimmt an der Pilotphase (seit September 2016) zur Einführung eines barrierefreien Ideen- und Beschwerdemanagements teil.

Das Ideen- und Beschwerdemanagement wird mit der Zielsetzung eingeführt, eingehende Hinweise nutzbar zu machen und die Bürgerorientierung zu verbessern. Es dient der Stadtverwaltung, sicher mit Beschwerden, Fragen, Anregungen, Lob, Ideen und Hinweisen umzugehen, sie einheitlich zu erfassen und auszuwerten. Ein besonderer Fokus liegt auf der Schaffung von noch mehr Angeboten zur Erreichbarkeit der Verwaltung. Jede Einwohnerin und jeder Einwohner, unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Alter, Behinderung, bildungspolitischem Hintergrund etc. soll die Möglichkeit erhalten, barrierefrei ein Anliegen an die Stadt heranzutragen und eine Rückmeldung darauf zu erhalten.

Aktionsplan „Kinder- und jugendfreundliche Kommune“

Die Gleichstellungsbeauftragte war Projektmitglied bei der Erarbeitung des Aktionsplans „Kinder- und jugendfreundliche Kommune“, der 2017 vorgestellt wurde. Darin sind 31 Handlungsziele mit 58 konkreten Vorhaben, Potsdam noch kinder- und jugendfreundlicher zu gestalten, dargestellt. Der Plan sieht unter anderem vor, die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an allen sie betreffenden Planungen und Entscheidungen in der Hauptsatzung der Stadt zu verankern und Kinderrechte bekannter zu machen.

E Interne Gleichstellungsarbeit

Die Gleichstellungsbeauftragte setzt sich in der Landeshauptstadt für die aktive Gestaltung von Chancengleichheit und Vielfalt und die im Grundgesetz verankerte Gleichstellung ein. Sie deckt bestehende Nachteile auf und entwickelt Lösungsvorschläge und Maßnahmen, um die Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Lebens- und Arbeitsbereichen zu fördern. Zu ihrem Wirkungskreis gehören alle Einwohnerinnen und Einwohner der Landeshauptstadt Potsdam.

Gleichzeitig nimmt die Gleichstellungsbeauftragte in der Stadtverwaltung die Aufgaben der behördlichen Gleichstellungsbeauftragten nach dem Landesgleichstellungsgesetz (LGG), dem § 18 der Brandenburgischen Kommunalverfassung (BbgKVerf) sowie der Dienstordnung für die Gleichstellungsbeauftragte wahr. In dieser Funktion wirkte sie 2015/2016 in unterschiedlichen Stellenbesetzungsverfahren der Stadtverwaltung mit und nahm an Vorstellungsgesprächen teil. Sie beriet Mitarbeitende bei Bewerbungen beziehungsweise Karriereplanung sowie bei Fragen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Außerdem unterstützte sie betroffene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei allen Formen von Diskriminierung, sexueller Belästigung, Gewalt und Mobbing und führte Mediationsgespräche zwischen Konfliktparteien.

Die Gleichstellungsbeauftragte nimmt regelmäßig an den Beigeordneten-Konferenzen sowie an den Fachbereichsleitenden-Sitzungen teil und engagiert sich in den Personal- und Führungskräfteworkshops der Stadtverwaltung. Ihre dabei zugrunde liegende Umsetzungsstrategie war der Gender-Mainstreaming-Ansatz. Dabei werden die Bedürfnisse und Interessen der Frauen und Männer von Anfang an bei Planungsprozessen berücksichtigt, damit sie nicht im Nachhinein eingefordert werden müssen.

Strategie ‚Gender Mainstreaming‘:

„Geschlechtergerechtigkeit bedeutet, bei allen gesellschaftlichen und politischen Vorhaben die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern zu berücksichtigen. Das Leitprinzip der Geschlechtergerechtigkeit verpflichtet die Politik, Entscheidungen so zu gestalten, dass sie zur Förderung einer tatsächlichen Gleichberechtigung der Geschlechter beitragen. Ein solches Vorgehen erhöht nicht nur die Zielgenauigkeit und Qualität politischer Maßnahmen, sondern auch die Akzeptanz bei Bürgerinnen und Bürgern.“

Gleichstellungsplan

2015 hat die Gleichstellungsbeauftragte in Zusammenarbeit mit dem Bereich Personal und in Abstimmung mit dem Personalrat einen Gleichstellungsplan für 2015 bis 2019 erstellt.

Das Gesetz zur Gleichstellung von Frauen und Männern im Öffentlichen Dienst im Land Brandenburg (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) zielt darauf ab, die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern im Öffentlichen Dienst zu erreichen. Im § 5 des LGG ist die Erstellung eines Gleichstellungsplanes für die Landeshauptstadt Potsdam gesetzlich verankert, welcher eine Förderung der Gleichstellung und den Abbau von Unterrepräsentanz von Frauen fördert und fordert. Ferner legt das Gesetz dar, mit Hilfe des Gleichstellungsplanes Maßnahmen zur Personalentwicklung von Frauen zur Übernahme von Führungspositionen (§ 5 (1)) sowie Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen, die insbesondere die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern (§ 6 (4.1)), aufzuzeigen.

E Interne Gleichstellungsarbeit

Ziel des Gleichstellungsplanes ist es, beruhend auf der gesetzlichen Grundlage des LGG, Unterrepräsentanzen von Frauen innerhalb einer Besoldungs- oder Entgeltgruppe sowie in Funktionen mit Führungskräfte- oder Leitungsaufgaben sichtbar zu machen und Vorgaben



© Simone Ahrend

zum Abbau von Unterrepräsentanzen aufzuzeigen. Dabei liegt in der Landeshauptstadt Potsdam gemäß § 4 Absatz 3 LGG eine Unterrepräsentanz dann vor, wenn der Anteil in einer bestimmten Gruppe weniger als die Hälfte beträgt.

Der Abbau von Unterrepräsentanzen von Frauen und die Gleichstellung von Frau und Mann haben folgende wichtige Bedeutungen für die Landeshauptstadt Potsdam:

- die weitere Annäherung an eine paritätische Beschäftigung oder deren Sicherung
- eine nach Geschlechtern ausgewogene Vergütungsstruktur
- die Übernahme von Leitungspositionen durch Frauen
- die Sicherung der Beschäftigung für Frauen
- die Gleichstellung in der Qualifizierung der Beschäftigten
- die Möglichkeit von Frauen und Männern familiäre Aufgaben zu erledigen, ohne berufliche Nachteile zu erleiden
- die Unterbindung von Diskriminierungen aufgrund des Geschlechts
- das Eingehen unterschiedlicher Erfahrungen und Sichtweisen von Frauen und Männern in alle Entscheidungsprozesse der Landeshauptstadt Potsdam

Der Gleichstellungsplan wurde der Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnis gegeben und im Intranet veröffentlicht.

F Integrationskonzept

Seit 2008 sind die Ziele des integrationsrelevanten Geschehens in der Landeshauptstadt Potsdam in einem durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Integrationskonzept festgehalten, das in sechs Handlungsfeldern zahlreiche Ziele und Handlungsempfehlungen definiert. Das Konzept wurde durch die Stadtgesellschaft, die Stadtverordneten und die Verwaltung unter der Federführung der Beauftragten für Migration und Integration erarbeitet und wird alle drei bis vier Jahre fortgeschrieben.

Eine Steuerungsgruppe begleitete bis 2016 die Umsetzung und Fortschreibung des Konzeptes. Zur Steuerungsgruppe gehörten die Vertreterinnen und Vertreter der Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung, der Geschäftsbereiche der Stadtverwaltung, des Migrantenbeirates und migrationsrelevante Beratungsstellen. Die Beauftragte für Migration und Integration koordinierte die Steuerungsgruppe, die sich 2015 und 2016 regelmäßig traf.

Zum Austausch, zur Evaluation und zur Weiterentwicklung des Integrationskonzeptes dienen regelmäßig stattfindende Integrationskonferenzen als Plattform.

Integrationskonferenz

Die 6. Integrationskonferenz am 16. Februar 2015 stand unter dem Motto „Integration findet vor Ort statt“ und gab den Auftakt zur neuerlichen Fortschreibung des Integrationskonzeptes. Mit rund 130 Teilnehmenden war sie sehr gut besucht. An neun Thementischen wurden Vorschläge und Lösungen zu unterschiedlichen Themen der Integration erarbeitet. So fanden Diskussionen zu Handlungsbedarfen für die Zielgruppen der Asylsuchenden und Geduldeten statt. Die Konferenzteilnehmenden sollten den Integrationsprozess bewerten und neue Ideen für die Fortschreibung des Konzeptes sammeln. Nicht zuletzt bot die Konferenz eine Plattform für den Austausch.



© Stefanie Ladewig

Fachtag Integrationsgesetz, 2016

In der Folgezeit bis März 2016 wurden in einem breiten Beteiligungsprozess 77 Ziel- und 137 Maßnahmenvorschläge in sechs Handlungsfeldern – Unterbringung und Wohnen im Stadtteil, Stadtentwicklung, Bildung, Arbeit, Beratung und Unterstützung, Aktive Stadtgesellschaft sowie Vielfalt leben in der Verwaltung – für das neue Integrationskonzept der Landeshauptstadt Potsdam 2016 - 2020 erarbeitet.

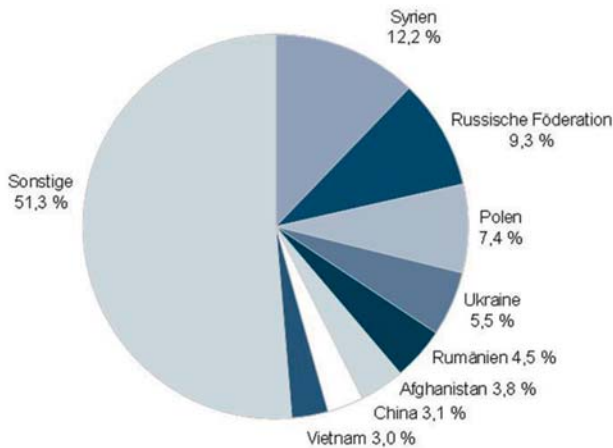
Fachtag zum Integrationsgesetz

Am 10. Oktober 2016 fand der Fachtag zum Integrationsgesetz statt, der von der Leiterin des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt und Gleichstellungsbeauftragten, Martina Trauth-Koschnick, moderiert wurde. Neben einem Fachvortrag von Professor Dr. Peter Knösel von der Fachhochschule Potsdam wurde in einer Podiumsdiskussion mit dem Sozialbeigeordneten Mike Schubert sowie Vertreterinnen des Flüchtlingsrates Brandenburg, dem Flüchtlingskoodinator der Landeshauptstadt, Jörg Bindheim und Herrn Professor Knösel die Frage erörtert,

F Integrationskonzept

welche Auswirkungen das neue Integrationsgesetz hat. Die Ergebnisse des Fachtages flossen in den Entwurf des Integrationskonzeptes ein. Dieses wurde schließlich im Mai 2017 als Beschlussvorlage in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht.

Integrationsmonitoring 2016



*Zusammensetzung der ausländischen Bevölkerung nach Nationalitäten, 2016
Quelle: Landeshauptstadt Potsdam*

Die Integrationsprozesse in Potsdam werden regelmäßig transparent gemacht: 2016 wurde – unterstützt durch den Bereich Statistik und Wahlen der Landeshauptstadt mit Bereitstellung der Daten, deren Aufbereitung und Auswertung – vom Büro für Chancengleichheit und Vielfalt das „Integrationsmonitoring 2016“ erarbeitet, das im März 2017 veröffentlicht wurde. Neben der statistischen Analyse der Situation von Menschen mit Migrationshintergrund in der Landeshauptstadt Potsdam enthält der Bericht Daten zu den Feldern rechtliche Integration, Bildung, Arbeit und Wirtschaft, soziale Sicherung, Wohnen, Sprache, Gesundheit, soziale Integration sowie gesellschaftliche und politische Teilhabe. Die insgesamt 25 statistischen Kennzahlen des Potsdamer Monitorings

geben Auskunft über die Entwicklung von Integrationsprozessen in den vergangenen sechs Jahren und können somit aufzeigen, wo Integrationsprozesse erfolgreich verlaufen und in welchen Bereichen Defizite bestehen.

Sprachmittlerinnen- und Sprachmittlerpool

Das Handlungsfeld „Interkulturelle Ausrichtung der Stadtverwaltung und der kommunalen Politik“ des Integrationskonzeptes enthält die Handlungsempfehlung für den Aufbau eines verwaltungsinternen Sprachmittlerinnen- und Sprachmittlerpools. Ziel des Angebotes ist die Verbesserung der Serviceangebote und der Willkommenskultur in der Landeshauptstadt.

Unter der Federführung der Beauftragten für Migration und Integration wurde ein solcher Pool aufgebaut, über dessen Angebot und Erreichbarkeit die Beschäftigten der Stadtverwaltung durch das Intranet informiert sind.

Zur freiwilligen Arbeit im verwaltungsinternen Sprachmittlerinnen- und Sprachmittlerpool sind 47 Kolleginnen und Kollegen mit folgenden Sprachkompetenzen angemeldet: Albanisch, Arabisch, Dari/Persisch, Englisch, Französisch, Italienisch, Norwegisch, Polnisch, Portugiesisch, Russisch, Schwedisch, Spanisch, Tschechisch, Ukrainisch, Ungarisch und Vietnamesisch.

G Lokaler Teilhabeplan

Jeder Mensch, egal, ob mit oder ohne Behinderung, hat laut der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen (UN-BRK) das Recht, ein selbstbestimmtes Leben führen zu können und als selbstverständlicher Teil der Gesellschaft anerkannt zu werden. Dieser Inklusionsgedanke, diese Vision gesellschaftlicher Akzeptanz, Wertschätzung und Teilhabe aller Menschen mit ihren Individualitäten, Möglichkeiten und Fähigkeiten, soll in der Landeshauptstadt Potsdam Realität werden. Unter dem Motto „Teilhabe für alle!“ wurde 2012 der Lokale Teilhabeplan vorgelegt. Der Plan analysierte die Lebenslagen von Menschen mit Behinderung und benannte Defizite und Hindernisse, die der Verwirklichung einer umfassenden Teilhabe im Wege stehen. Dabei wurden Ressourcen und Potenziale bei Akteuren und Gruppen der Stadtgesellschaft identifiziert und über 180 Lösungsvorschläge sowie konkrete Maßnahmen formuliert. Dies umfasst alle Lebensbereiche: Von früher Förderung und Bildung über Gesundheit, Arbeit, Mobilität, Wohnen, Freizeit, Kultur und Sport bis hin zu Aspekten sozialer Sicherheit und selbstbestimmter Lebensführung und der Teilhabe am öffentlichen und politischen Leben.



Das für die Steuerung und Koordination der Umsetzung der Maßnahmen und Ziele des Lokalen Teilhabeplans zuständige Inklusionsgremium traf sich auch in den Jahren 2015 und 2016 regelmäßig. Das Büro für Chancengleichheit und Vielfalt ist dabei für die Einladung, Tagesordnung, Moderation und Protokollierung der Sitzungen zuständig und vertritt darüber hinaus das Inklusionsgremium nach außen.



© Stefan Albers

Am 25. April 2016 hat das Büro für Chancengleichheit und Vielfalt den ersten Zwischenbericht zum Lokalen Teilhabeplan vorgestellt. Demnach wurde manche Maßnahme erfolgreich angestoßen beziehungsweise umgesetzt, etwa der barrierefreie Neubau von öffentlichen Gebäuden, der Ausbau des barrierefreien öffentlichen Nahverkehrs in Potsdam sowie die Verbreitung der Leichten Sprache in der Verwaltung. In allen Lebensbereichen besteht jedoch weiterhin auch Handlungsbedarf, beispielsweise angesichts der Zugangsschwierigkeiten für sprach- und kommunikationsbeeinträchtigte Menschen, außerdem im Bereich barrierefreier, inklusiver Bildungs-, Sport- und Kulturangebote sowie Beratungs- und Unterstützungsangebote und beim Übergang in den allgemeinen Arbeitsmarkt.

Dementsprechend soll der Lokale Teilhabeplan künftig fortgeführt und weiterentwickelt werden. Dabei sollen die Zielsetzungen und abgeleitete Maßnahmen des aktuellen Lokalen Teilhabeplans überprüft, gegebenenfalls neu ausgerichtet und konkretisiert oder ergänzt werden. Interessierte Einwohnerinnen und Einwohner können sich ebenso wie Träger und Vereine der Behindertenhilfe sowie die Stadtpolitik aktiv an den öffentlichen Veranstaltungen zur Fortschreibung beteiligen.

H Projekte zur Förderung der Chancengleichheit

Das Büro für Chancengleichheit und Vielfalt fördert im Namen der Landeshauptstadt Projekte, die die Umsetzung von Maßnahmen zur Herstellung von Chancengleichheit in Potsdam unterstützen wollen. Die Zuwendungen können freie, gemeinnützige Träger und Vereine beantragen. Die Darstellung des Projektes und das Einreichen eines Konzeptes sowie eines Finanzplanes sind die Voraussetzungen für eine Förderung. Entscheidend sind auch die verfügbaren Haushaltsmittel und der Eigenanteil der Antragstellenden.

Die Träger und Vereine erhielten Beratung und Unterstützung bei den Anträgen auf Zuwendungen durch die Mitarbeiterin für Büro- und Projektorganisation des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt. Die Förderungsfähigkeit wird nach Antragstellung anhand spezifischer Kriterien beurteilt. Finanziert werden jeweils Festbeträge in Form von zweckgebundenen Zuschüssen, Zuweisungen und andere nicht rückzahlbare Leistungen und Zuwendungen zur Deckung von Ausgaben für einzelne Vorhaben, die fachlich, inhaltlich und finanziell abgrenzbar sind.

Dem Büro für Chancengleichheit und Vielfalt standen 2015 und 2016 pro Jahr insgesamt 14.389,58 beziehungsweise 8.803,60 Euro für Zuwendungen an freie Träger und Vereine zur Verfügung. Gefördert wurden folgende Projekte:

2015

- das vietnamesische Neujahrsfest des Song Hong e. V.
- der Verein zur Förderung von Schulbildung im Dorf Balanka in Togo, Bildung für Balanka e. V.
- eine Veranstaltung zur 25. Brandenburgischen Frauenwoche des Internationalen Centers für Deutsche und Immigranten ICDI e. V.
- Veranstaltungen zur Potsdamer Frauenwoche des Bürgerhauses Sternzeichen des Demokratischen Frauenbundes, LV Brandenburg e. V.
- ein theaterpädagogisches Projekt mit Grundschulkindern des All Inclusive e. V.
- das Netzwerk Alleinerziehender und Familien in Potsdam der Stiftung SPI/NL Brandenburg Nord-West
- die Jubiläumsveranstaltung des Autonomen Frauenzentrums Potsdam e. V.
- das Eltern-Kind-Büro des Rockzipfel e. V.
- eine Gemeinschaftstour des Rollstuhlfahrerklubs Potsdam '81 e. V.
- das Afrikafest 2015 des Internationalen Centers für Deutsche und Immigranten IDCI e. V.
- eine inklusive Tanztheaterproduktion des Oxymoron Dance e. V.
- eine Lesung im Autonomen Frauenzentrum Potsdam e. V.
- eine Veranstaltung anlässlich des UN-Weltflüchtlingstags der Sozialen Stadt Potsdam e. V.
- ein Netzwerktreffen für Fußballfrauen der Stiftung SPI/NL Brandenburg
- eine Veranstaltung zur Interkulturellen Woche der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e. V.
- eine Veranstaltung zur Interkulturellen Woche des Autonomen Frauenzentrums PrimaDonna e. V.
- der jährliche Breakdance-Wettbewerb „PDM Concrete Battle“ des Stadtteiljugendrings Potsdam e. V.
- das Projekt „SCHOLLE aus der Box“ der Neuen Nachbarschaft/Stadtteilnetzwerk Potsdam West e. V.
- die Potsdamer Jungentage des Manne e. V.
- die Veranstaltung zum Weltmännertag des Manne e. V.

H Projekte zur Förderung der Chancengleichheit

- die Adventsfeier für Flüchtlinge und ihre Patinnen und Paten der Flüchtlingsarbeit Evangelischer Kirchenkreis

2016

- der Tag der Offenen Tür der Begegnungsstätte „Zum Teufelssee 30“ des Paritätischen Sozial- und Beratungszentrums gGmbH
- eine Veranstaltung zur Brandenburgischen Frauenwoche des Brandenburgischen Kulturbund e. V.
- das vietnamesische Neujahrsfest des Song Hong e. V.
- der Verein zur Förderung von Schulbildung im Dorf Balanka in Togo, Bildung für Balanka e. V.
- ein Workshop zur Brandenburgischen Frauenwoche des Frauenaspekte e. V.
- eine Filmvorführung mit Diskussion des SV Babelsberg 03 e. V.
- die Durchführung von Interviews durch Normalo TV e. V.
- eine Kanu-Tour für Väter und Kinder der Gesellschaft für Kultur, Begegnung und soziale Arbeit in Potsdam gGmbH (Treffpunkt Freizeit)
- der jährliche Breakdance-Wettbewerb „PDM Concrete Battle“ des Stadtteiljugendrings Potsdam e. V.
- die Projektpräsentation des Fotoprojektes „SYRIA ON THE MOVE“ des Social Vision e. V.
- zwei Veranstaltungen des Demokratischen Frauenbundes, LV Brandenburg e. V. zur Brandenburgischen Frauenwoche
- das Sommerfest der Berlin-Brandenburgischen Auslandsgesellschaft e. V.
- eine Ausstellung der Filmuniversität Babelsberg „Konrad Wolf“
- eine Gruppenfahrt des Rollstuhlfahrerklubs '81 Potsdam e. V.
- das Afrikafest 2016 des Internationalen Centers für Deutsche und Immigranten IDCI e. V.
- ein Schreibwochenende des Literaturclubs im Haus der Begegnung der PSBZ gGmbH
- zwei Veranstaltungen zur Interkulturellen Woche der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e. V.
- die Jungentage des Manne e. V.

Wo sehen Sie Probleme/ Handlungsbedarf?

1. Mehr / besserer Dialog mit der Stadt

2. Fortbildung f. Erzieher/innen Gender gerechtigkeit

3. Debatte ist 60 Jahre alt \Rightarrow 50:50

4. Benachteiligung von behinderten Menschen im Beruf & Einstieg / Schule

5. Bildungschancen f. Menschen mit Minderheiten aufgrund sexueller Identität

6. Menschen i.d. Sozialräumen werden nicht gefragt

7. Mehr Männer in Kitas + Grundschulen

8. Inklusion

Bedarf bei Kindern & Jugendlichen

gleiches Lohn für gleiche Arbeit Wertschätzung f. pädagog. Arbeit

Zugang zu Bildung

Alle Altersstufen M mit behinderten Kindern werden nicht genug unterstützt.

Menschen 55+ fallen überaus raus

Luft nach oben bei Partizipation & direkter Demokratie

Projekt zusammen "Familie werden" geht nicht weiter

Probleme bei Menschen im Arbeitsmarkt / Integration - Resonanz politisch

die Selbst-Verwaltung spielt nicht die Rolle in der Umsetzung

Angebot "Inklusive Sport" für Männer ist

Probleme in der Schule

Macht mit! - Ideenwerkstatt Chancengleichheit, 2015

© Simone Ahrend

Impressum

„Chancengleichheit und Vielfalt“ 2015/2016

Herausgeber: Landeshauptstadt Potsdam
Der Oberbürgermeister
Büro für Chancengleichheit und Vielfalt

Verantwortlich: Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
Martina Trauth-Koschnick
Magdolna Grasnack
Christoph Richter

Fotos: © Simone Ahrend, André Böhm, Bernd Fülle, glamour-fotos.de,
Christine Homann, Andrea Jacob, Kirsty Kelly, Stefanie Ladewig,
Michael Lüder, Roman Motizov - stock.adobe.com, Robert Schnabel,
Annemarie Stecher, Andre Stiebitz, Büro für Chancengleichheit
und Vielfalt

Illustrationen: © Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung Bremen e.V.,
Illustrator Stefan Albers, Atelier Fleetinsel, 2013

Druck: Landeshauptstadt Potsdam

Redaktionsschluss: 31. Juli 2017

Potsdam
VIELFALT
Die Vielfalt des Alltags macht unsere Welt bunt...
CHANCENGLEICHHEIT



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

17/SVV/0755

öffentlich

Betreff:

Verteilung von Jodtabletten

Einreicher: Fraktion DIE aNDERE

Erstellungsdatum 26.09.2017

Eingang 922: _____

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
08.11.2017	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, beim Ministerium des Innern des Landes Brandenburg eine Genehmigung zu beantragen, um eine Vorverteilung von Kaliumjodidtabletten im Bereich der Kern- und Mittelzone des BER II auf Potsdamer Stadtgebiet vorzunehmen.

Corinna Liefeld und Arndt Sändig
Fraktionsvorsitzende

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Der Oberbürgermeister geht in seiner Antwort auf unsere Kleine Anfrage 17/SVV/0754 davon aus, dass die von der Strahlenschutzkommission für Kernkraftwerke erweiterten Schutzzonen (Radien der Zentral- bis Fernzonen) wegen der geringeren Menge an radioaktivem Material sowie einem anderen Betriebsverfahren für den Forschungsreaktor BERII in Berlin-Wannsee nicht gelten.

Nach Ansicht der Verwaltung beruht die in anderen Bundesländern initiierte Voraussage von Jodtabletten darauf, dass die dort betroffenen Kernkraftwerke eine deutlich höhere thermische Leistung aufweisen und demgegenüber nach einer Abschaltung des BERII eine Nachkühlzeit von einer Minute genügt. Diese Betrachtungsweise vernachlässigt aus unserer Sicht aber Fallkonstellationen, in denen äußere Einflüsse die Bedingungen maßgeblich verändern (z.B. durch Verbrennen großer Mengen Kerosin nach einem Flugzeugabsturz).

Das Stadtgebiet Potsdam liegt aber auch nach den bisherigen Schutzradien zum großen Teil in der Kern-, Mittel- und Außenzone der Kerntechnischen Anlage BERII, die an der Potsdamer Stadtgrenze in Berlin-Wannsee vom Helmholtz-Zentrum Berlin (HZB) betrieben wird.

In den betroffenen Gebieten sind Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung vorzubereiten, die in einem konkreten Fall in Abhängigkeit von der Lage als Teil einer gesamten Maßnahmenstrategie zum Einsatz kommen können.

Wesentliche Schutzmaßnahme sowohl in der Kernzone als auch der Mittelzone wäre im erforderlichen und angeordneten Fall (d.h. im Ereignisfall) die Ausgabe von Kaliumiodidtabletten (Jodtabletten) an die betroffene Bevölkerung in der Stadt. Jodtabletten sollen bei erhöhten Strahlenwerten von Teilen der Bevölkerung eingenommen werden, damit die Schilddrüse durch Jod blockiert wird und kein radioaktives Jod aufnimmt.

Vor dem Hintergrund des Konzeptes zur Verteilung der Kaliumiodidtabletten im Ereignisfall ist anzunehmen, dass die Verteilung im Ereignisfall nicht rechtzeitig und vollumfänglich möglich sein wird.

Durch die Vorverteilung der Jodtabletten soll der Bedarf bzw. die Nachfrage bei einer ereignisbezogenen Verteilung reduziert und die Belastung der Ausgabestellen verringert werden, so dass im Ereignisfall eine Versorgung aller Bürger*innen mit Kaliumiodidtabletten erreicht werden könnte.

Die Information der betreffenden und gemäß der Empfehlung der Strahlenschutzkommission bezugsberechtigten Bevölkerungsgruppen (alle Personen bis einschließlich 45 Jahren sowie Schwangere) über die genaue Verfahrensweise der Vorverteilung der Kaliumiodidtabletten an die Haushalte soll durch die zuständige Katastrophenschutzbehörde über die vorhandenen Medien erfolgen.



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

Mitteilungsvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

17/SVV/0932

Betreff: öffentlich
Barrierefreier Zugang zu Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung

bezüglich
DS Nr.: 17/SVV/0552

Erstellungsdatum 28.11.2017

Eingang 922: 28.11.2017

Einreicher: GB Zentrale Steuerung und Finanzen

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

06.12.2017 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Inhalt der Mitteilung: Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Der Oberbürgermeister berichtet über die Ergebnisse der mit der DS 17/SVV/0552 „Barrierefreier Zugang zu Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung“ am 05.07.2017 beschlossenen Prüfaufträge.

Zu prüfen war, welche konkreten Maßnahmen erforderlich sind, um:

1. das Rathaus für Geh- und Körperbehinderte mittels Markierungen, Handläufen und Rampen passierbar zu machen.
2. für Gehörlose bei Bedarf Gebärdendolmetscher/-innen zur Verfügung zu stellen und den Livestream der Sitzungen zu untertiteln
3. Blinden und sehbehinderten Menschen geeignete Plätze nahe dem Eingang zur Verfügung zu stellen.

Zu 1.

Mit der Verbesserung der Voraussetzungen für einen barrierefreien Zugang zum Rathaus wurde bereits 2015 begonnen. In enger Abstimmung mit dem Behindertenbeauftragten der LHP und Vertretern des damaligen Beirates für Menschen mit Behinderungen erfolgte der Einbau von zwei Aufzügen sowie des dazugehörigen barrierefreien und entsprechend markierten Zuganges am Haupteingang des Rathauses. Insgesamt stehen derzeit vier behindertengerechte Aufzüge zur Verfügung.

Weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Barrierefreiheit werden im Rahmen der abschnittswisen Sanierung des Rathauses umgesetzt. Hierzu gehören insbesondere auch die Umsetzung eines möglichst barrierefreien Wegeleitsystems und eine möglichst barrierefreie Gestaltung der Zugänge und Geländer. Die hierfür erforderlichen Planungen befinden sich zurzeit im abschließenden Abstimmungsprozess mit den zuständigen Genehmigungsbehörden.

Das Rathaus wird in Abhängigkeit von den jeweiligen Fördermittelzuwendungen voraussichtlich bis 2021 vollständig saniert sein und damit, soweit im baulichen Bestand möglich, auch barrierefrei gestaltet werden.

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

Das **Formular** „Darstellung der finanziellen Auswirkungen“ ist als **Pflichtanlage** beizufügen.

Fazit finanzielle Auswirkungen:

--

Oberbürgermeister

--

Geschäftsbereich 1

--

Geschäftsbereich 2

--

Geschäftsbereich 3

--

Geschäftsbereich 4

--

--

Zu 2.

Ab Januar 2018 wird für alle Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung eine Übersetzung des Sitzungsverlaufs durch Gebärdendolmetscher vor Ort angeboten. Hierzu ist lediglich eine rechtzeitige Bedarfsmeldung (10 Tage vor der betreffenden Sitzung) an das Büro der Stadtverordnetenversammlung zu richten.

Für die Untertitelung des Live-Streams würden in Abhängigkeit von der Sitzungsdauer weitere Kosten i.H.v. ca. 2.400 bis 3.400 € pro Sitzung entstehen. Für eine zusätzliche oder alternative Einspielung eines Gebärdendolmetschenden in den Live-Stream sind Kosten i.H.v. ca. 3.300 bis ca. 4.600 € zu veranschlagen. Diese Kosten sind im Haushalt der LHP bisher nicht vorgesehen.

Zu 3.

Aufgrund der baulichen Struktur des Stadthauses und der daraus resultierenden räumlichen Beschaffenheit des Plenarsaals, ist dieser in seiner jetzigen Form nicht geeignet alle erforderlichen Funktionen oder Anforderungen zu erfüllen. Insbesondere das Platzangebot für Besucher, Pressevertreter, Vertreter der Ortsbeiräte und den Sitzungen beiwohnende Mitarbeitende ist in der vorhandenen Raumsituation zu gering. Durch die begrenzten Platzkapazitäten des Saals, ist es aktuell nicht möglich, weitere Zuschauerplätze im Eingangsbereich zu schaffen.

Da selbst bei einer baulichen Umgestaltung des Plenarsaales das Platzangebot nicht wesentlich vergrößert werden kann, ist schon jetzt darauf hinzuweisen, dass für diese unbefriedigende Situation auch zukünftig keine wesentliche Verbesserung zu erwarten ist. Dies wäre erst im Zuge eines entsprechenden Neubaus möglich.